

---

**Die Flexibilisierung politischer Zeit -  
Demokratie und Zeitmanagement jenseits des Nationalstaates.<sup>1</sup>**

---

**Katrin Toens\***

**Abstract**

The article is based on the assumption that a time sensitive democratic theory is missing in current political science debates on inter- and transnational governance. The central thesis is that the flexibility of time structures beyond the nation state bears a negative impact on the democratic legitimacy of politics because it is likely to create unequal chances of political representation and participation. The argumentation is divided into four parts. Part one examines the meaning of institutionally fixed and reasonable time-structures for the democratic fairness and legitimacy of political decision-making. Part two discusses the insufficient recognition of the temporal implications of political power in the relevant political science literature. Part three develops analytic categories that are sensitive to the intersection of power and time. Finally, in part four the Bologna process of higher education reform is chosen as an empirical reference point, allowing the analysis to exemplify strategic implications of time management in soft modes of inter- and transnational governance.

---

\* Dr. phil. Katrin Toens ist Politikwissenschaftlerin und Juniorprofessorin i. V. am Institut für Politische Wissenschaft, Universität Hamburg. [katrin.toens@uni-hamburg.de](mailto:katrin.toens@uni-hamburg.de)

<sup>1</sup> Ich danke Michael Th. Greven, Friedbert W. Rüb und den beiden anonymen Gutachtern für ihre konstruktive Kritik an einer früheren Fassung dieses Aufsatzes. Die Verantwortung für die vorliegende überarbeitete Fassung liegt allein bei der Autorin.

## 1. Einleitung

In dem vorliegenden Beitrag geht es um die Folgewirkungen der Flexibilisierung politischer Zeit für die Demokratie. Tempo und Rhythmus der Politik sind machtstrategisch manipulierbar. Das gilt selbst für die institutionell regulierten Zeitabläufe nationaler Demokratie. Mit der zunehmenden Bedeutung inter- und transnationaler Politik gewinnt die Frage nach dem machtstrategisch motivierten Umgang mit politischer Zeit an Dringlichkeit. Jenseits des Nationalstaates sind politische Zeitabläufe flexibler geregelt. Zeitstrukturen werden dadurch neu form- und nutzbar. Die Flexibilisierung politischer Eigenzeit begünstigt somit das machtstrategisch motivierte Zeitmanagement.

Die Argumentation gliedert sich in vier Teile. Im Anschluss an diese Einleitung befasst sich Teil zwei mit der Relevanz vernünftig geregelter Zeitstrukturen für die demokratische Legitimität politischer Entscheidungen. Dabei sollen die normativen Implikationen des Umgangs mit politischer Eigenzeit hervorgehoben und in die Perspektive herrschaftskritischer Demokratietheorie gerückt werden. Im dritten Teil geht es um die Frage, inwieweit der strategische Umgang mit politischer Zeit in aktuellen politik- und demokratietheoretischen Auseinandersetzungen mit inter- und transnationalen Regierungsformen überhaupt analysiert wird. Das Ergebnis ist, dass die Auseinandersetzung mit politischer Zeit immer noch hinter der Analyse der räumlichen Aspekte von Politik hinterherhinkt.

Teil vier nimmt diese Forschungslücke zum Anlass für die Entwicklung herrschaftskritischer Analyseinstrumentarien, die sensibel sind für den strategischen Umgang mit politischer Zeit. Die Betonung liegt dabei auf den Partizipationsmöglichkeiten schwach organisierter Interessen. Im Rückgriff auf die materielle Auslegung des politischen Gleichheitsgrundsatzes repräsentativer Demokratie (näher siehe 4.2) wird die These entwickelt, dass die faire Verteilung demokratischer Partizipationschancen von der faktischen Sicherung demokratischer Beteiligungsmöglichkeiten schwacher Interessen abhängt. Die empirische Analyse inter- und transnationalen Regierens am Beispiel europäischer Hochschulreformpolitik (Teil 5) legt jedoch die Vermutung nahe, dass insbesondere starke Interessen von der gegenwärtigen Flexibilisierung politischer Eigenzeit profitieren, wäh-

rend schwache Interessen Gefahr laufen, weiter an Einflussmöglichkeiten zu verlieren. Der so genannte Bologna-Prozess zur Schaffung eines europäischen Hochschulraumes spielt sich an den Rändern formaler EU-Politik ab. Er ist exemplarisch für die sanfte politische Steuerung (Soft Governance), die ohne rechtliche Verbindlichkeit auskommt und stattdessen auf Freiwilligkeit, informelle Koordination und die politische Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure setzt. Die informelle Beteiligung politikfeldspezifischer „Stakeholder“ wird in der sozialwissenschaftlichen Debatte häufig positiv bewertet. Sie soll das Potential enthalten, das viel beklagte Demokratiedefizit inter- und transnationaler Politikprozesse zu minimieren. Dass jedoch gerade die sanfte Steuerung Raum gibt für zahlreiche indirekte Formen der Machtausübung - darunter jene Zeitstrategien, die im Fokus der folgenden Untersuchung liegen - bleibt dabei unberücksichtigt.

## **2. Politische Zeit aus der Perspektive herrschaftskritischer Demokratietheorie**

Politische Zeit - oder auch die Eigenzeit der Politik - besteht in den inhärenten temporalen Mustern und Horizonten des demokratischen politischen Systems - also etwa die Dynamik und der Rhythmus periodischer Wahlen, die Ablösung von Regierungen, der Zeitrahmen einzelner Legislaturperioden, die tempo- und rhythmusbezogenen Strategien von Politikern im alltäglichen Kampf um politische Gestaltungsmacht sowie der politische Umgang mit Kontingenz und „Plötzlichkeit“ (Greven 1999, 2000; Rosa 2005b: 445 f.; siehe auch Scheuerman 2004: 27 ff.; Palonen 2003: 171 -186; Rüb 2007). Beispiele für politische Zeitstrategien reichen bis in die Antike zurück. Dort bildete beispielsweise die römische Ermüdungsrede eine Art Vorläufer des berühmten Filibusters<sup>2</sup> im Senat der Vereinigten Staaten.

Die Verfassungsgrundsätze demokratischer politischer Systeme zeigen, dass Zeitstrukturen Ordnungs- und Regelungsfunktionen zugeschrieben werden,

<sup>2</sup> Darunter versteht man die Taktik einer Minderheit, durch Dauerreden eine Beschlussfassung der Mehrheit zu verhindern oder zu verzögern. Häufig wird die gewonnene Zeit strategisch genutzt, um hinter den Kulissen Überzeugungsarbeit bei einzelnen Senatoren der Mehrheitsfraktion gegen die Beschlussfassung zu leisten.

die von einer nicht unerheblichen Bedeutung für die Legitimität politischer Entscheidungen sind. Die Politik der „Herrschaft auf Zeit“ gewählter Regierungen wird als „Herrschaft durch Zeit“ gewissermaßen strukturiert und geregelt (Riescher 1994: 191 ff.). Ein Beispiel bildet die verfassungsrechtlich vorgeschriebene Zeitverlängerung politischer Entscheidungsphasen nach parlamentarischen Misstrauensanträgen. In aufgeregten Situationen wie einem Regierungssturz soll die Entschleunigung des politischen Prozesses, auch „Abkühlungsphase“ genannt, entemotionalisieren und beruhigen. Weitere Beispiele sind der Ewigkeitsanspruch bestimmter Verfassungsprinzipien (Föderalismus in Deutschland), Zeitschutzregelungen zugunsten der Gewaltenteilung und politischer Minderheiten (etwa die Verzögerungsmöglichkeiten der Gesetzgebung durch den deutschen Bundesrat und temporale Schutzklauseln für die Opposition im Parlamentsrecht) oder die legitimierende Bedeutung zeitlicher Verfahrensstrukturen (Terminierung von Beginn und Ende, exakte Befristung von Einspruchsphasen, die Abgrenzung von Beratungszeiten).<sup>3</sup>

Die institutionelle Regelung politischer Eigenzeit lässt sich auch als eine Art *institutionalisierte Geduld*<sup>4</sup> demokratischer Entscheidungsfindungsprozesse bezeichnen. Sie gewährleistet Transparenz, Sicherheit und Berechenbarkeit zum Schutz repräsentativer Demokratie und ihrer normativen Grundprinzipien, allen voran die politische Gleichheit, Verfahrensnachvollziehbarkeit und Verantwortlichkeit (Accountability). Veränderungen im Umgang mit politischer Eigenzeit bilden somit einen relevanten Untersuchungsgegenstand herrschaftskritischer Demokratietheorie. Fragen, die sich diesbezüglich aufdrängen, sind etwa: Inwiefern steht die Flexibilisierung politischer Eigenzeit, wie sie sich gegenwärtig in politischen Entscheidungsfindungsprozessen jenseits des Nationalstaates abzeichnet, im Spannungsverhältnis zu den zeitlichen Voraussetzungen demokratischer Legitimität? Inwieweit führen informelle Prozesse und Institutionen inter- und transnationaler Politik zu der Herausbildung neuer Zeitstrukturen? Wer sind diesbezüglich die Gewinner und Verlierer?

<sup>3</sup> Genauer siehe die erhellende Untersuchung der institutionellen Bedeutung von Zeitstrukturen in parlamentarischen und präsidentiellen Regierungssystemen von Gisela Riescher (1994, insb. 207-222). Die Regulierung politischer Zeit schließt freilich nicht aus, dass gerade im parlamentarischen Raum neben starren Zeitstrukturen auch „Möglichkeiten des kommunikativen Aushandelns von Zeiten und des ‚Spielens‘ mit der Zeit (bleiben)“ (ebd.: 192).

<sup>4</sup> Kursiv gesetzte Begriffe gehen auf die Forschung der Autorin zurück (Anm. d. Autorin).

Neben Zeit spielt Raum eine zentrale Rolle für die Politik. Als das maßgebliche Organisationsprinzip des modernen Staates zieht das Territorialprinzip seit jeher die Aufmerksamkeit politikwissenschaftlicher Forschung auf sich (dazu Benz 2001: 83-88). Die folgende Auseinandersetzung mit aktuellen politikwissenschaftlichen Debatten zum Wandel der Staatlichkeit im Zeitalter der Globalisierung macht deutlich, dass vom Wandel zeitlicher Strukturen dahingegen kaum Notiz genommen wird. Der Grund für die hier gewählte Fokussierung auf die politische Zeit ist dieser Beobachtung geschuldet.

### **3. Herrschaft und Zeit in der aktuellen politikwissenschaftlichen Diskussion**

Die aktuelle Politikwissenschaft diskutiert die Inter- und Transnationalisierung von Politik unter dem Vorzeichen des Paradigmenwechsels vom Staat („Government“) zu netzwerkartigen Regelungsstrukturen, in denen staatliche mit nicht-staatlichen Akteuren zusammenwirken („Governance“). Neben Macht und Herrschaft gehört politische Zeit allerdings zu den blinden Flecken der so genannten Governance-Forschung. Ein Blick auf den aktuellen Forschungsstand zeigt, dass selbst Perspektiven, die die Governance-Forschung aufgrund ihrer thematischen Einschlägigkeit in diesen beiden Punkten ergänzen, zentrale Fragen hinsichtlich des Zusammenhangs zwischen politischer Herrschaft und Zeit unberücksichtigt lassen. Der Grund ist der, dass in der Regel nur eines von beidem, Herrschaft oder Zeit, systematisch ins Visier genommen wird, statt dass beide Themen integriert behandelt werden. Es ist daher die Verbindung aus Macht, Herrschaft und Zeit, die der näheren Aufmerksamkeit bedarf. Die zeitsensible Herrschaftskritik muss beides herausfordern, die Vorstellungen von „herrschaftsfreier Zeit“ und von „zeitloser Herrschaft“ (siehe Abb. 1).

Abbildung 1: Aktueller Forschungsstand

<b>Pol. Herrschaft</b> <b>Zeit</b>	<b>Nichtberücksichtigung</b>	<b>Berücksichtigung</b>
<b>Nichtberücksichtigung</b>	Governance-Forschung	herrschaftskritische Demokratietheorie
<b>Berücksichtigung</b>	Theorie ges. Beschleunigung, zeitsensible Policy- Analyse	zeitsensible Herrschaftskritik

### 3.1 Governance und politische Herrschaft

Als Mehrwert der Governance-Forschung gilt ein akteursbezogenes Verständnis politischer Regulationsstrukturen, durch das zivilgesellschaftliche Akteure und netzwerkgesteuerte Formen der Handlungskoordination systematisch in die Analyse mit einbezogen werden (Schuppert 2005; Benz 2004). Begriffe wie European Governance, Global Governance oder Multilevel Governance signalisieren eine geschärfte Sensibilität für die veränderte räumliche Struktur des Regierens jenseits des Nationalstaates.<sup>5</sup>

Die Literatur über internationales Verhandeln in Form von Mehrebenenspielen stellt diesbezüglich strategische Motive im Umgang mit politischem Raum in den Vordergrund (etwa Putnam 1988; Moravcsik 1993; Zangl 1994).

<sup>5</sup> Mayntz zufolge verdankt sich die Durchsetzung des Governance-Begriffs in der jüngeren politikwissenschaftlichen Diskussion der Notwendigkeit, den veränderten räumlichen Bedingungen des Regierens im Kontext von Europäisierung und Globalisierung Rechnung zu tragen (Mayntz 2005: 14). Zur territorialen Dimension des politischen Mehrebenenregierens siehe auch Benz (2004: 126, 2001: 83-88), Zürn (2005) und Sassen (2008).

In der Governance-Forschung wird häufig ausgeblendet, dass es in der politischen Wirklichkeit nicht in erster Linie um die Lösung kollektiver Probleme, sondern um Machtgewinn und Machterhalt geht (Wolf 2000; Benz 2001; Greven 2007). Diesen Problemlösungsbias teilt die Governance-Forschung mit der herkömmlichen Steuerungstheorie, deren Machtblindheit sie gewissermaßen fortsetzt (Mayntz 2005).

Indem Governance hier als Unterbegriff der klassischen Terminologie des Regierens benutzt wird, grenze ich mich bewusst von Verwendungsweisen ab, mit denen unterstellt wird, dass es sich bei Governance grundsätzlich um eine nicht-hierarchische Form der institutionellen Regelung handelt (etwa Rhodes 1997). Ebenso in Zweifel gezogen wird (a) die Präsenz von Regelungsstrukturen, bei denen eine übergeordnete souveräne Instanz fehlt, und (b) die Dominanz der Handlungskoordination gegenüber dem eigentlich Politischen, nämlich dem interventionistischen Handeln des Staates. Ob und inwieweit es sich bei Governance tatsächlich um hierarchiefreie Regelungsstrukturen handelt, ist eine empirische Frage, deren Beantwortung nicht auf der begrifflichen Ebene vorweg genommen werden sollte. Auch bleiben Formen und Mechanismen politischer Steuerung durch Governance nicht notwendigerweise auf bloße Handlungskoordination beschränkt. Vielmehr können sie politische Prozesse in Gang setzen, die Entscheidungen hinsichtlich der Form und Ausgestaltung staatsinterventionistischen Handelns vorstrukturieren.

Wenn sich die Regelungsstrukturen politischen Regierens, die unter dem Begriff Governance gefasst werden, nicht in Abgrenzung zur hierarchischen staatlichen Steuerung verstehen lassen, was hat es dann mit diesen Regelungsstrukturen auf sich? Warum und durch wen wird ihre Durchsetzung forciert?

Den folgenden Ausführungen liegt die Vermutung zugrunde, dass es mitunter Regierungsakteure selbst sind, die Formen des Governance vorantreiben. Regierungsakteure ziehen sich dadurch nicht nur partiell aus ehemals hoheitlich geregelten politischen Aufgaben zurück, auch verteidigen sie die staatliche Souveränität und Autonomie gegenüber den politischen Mitgestaltungsansprüchen von Internationalen Organisationen (IOs) und zivilgesellschaftlichen Akteuren. Die Transformation des Staates steht daher nicht ausschließlich unter dem Vorzeichen der Entstaatlichung und Öffnung des Regierungsprozesses für direktdemokratische Beteiligungsformen. Es geht auch um den Wandel staatlicher Steue-

rungsinstrumentarien bei gleich bleibendem Anspruch des politischen Machterhalts. Regierungsakteure ziehen sich strategisch auf die Rolle des Beobachters zurück. Sie lassen IOs und zivilgesellschaftliche Akteure machen, ja sie geben sogar politische Gestaltungsmacht an diese Akteure ab, um von ihrem Sachverstand und Know-how profitieren zu können. Dadurch ändern sie jedoch lediglich den Modus, über den politische Herrschaft ausgeübt wird. Statt durch Befehl und Gehorsam im Sinne des Weberschen Herrschaftsbegriff konstituiert sich staatliche Herrschaft durch innere und äußere Machtteilung. Staatliche Akteure wenden das Prinzip des Teilens und Herrschens nach innen *und* außen an, indem sie nationale zivilgesellschaftliche Akteure auf der einen sowie IOs und transnationale Akteure auf der anderen Seite gezielt und selektiv in Regierungsprozesse einbinden (siehe Wolf 2000). Aus dem Primat der *selektiven Einbeziehung* (Toens 2009c) folgt, dass die tatsächlichen Mitgestaltungsspielräume zivilgesellschaftlicher Akteure von verschiedenen, mehr oder weniger begünstigende Formen der Vernetzung mit staatlichen Akteuren abhängig sind. Die Nähe zu staatlichen Entscheidungsträgern bildet eine wichtige Machtressource in politischen Regelungsstrukturen, die unter dem Begriff Governance gefasst werden (genauer dazu Abschnitt 4.2).

### 3.2 Herrschaftskritische Demokratietheorie

Gegenüber der Governance-Forschung haben herrschaftskritische demokratietheoretische Ansätze in der IB- und Europaforschung den Vorteil, dass sie die machtstrategischen Implikationen inter- und transnationalen Regierens hervorkehren und hinsichtlich der Konsequenzen für die Demokratie untersuchen (etwa Wolf 2000; Greven 2005). Die neue Staatsräson (Wolf 2000) besteht darin, dass staatliche Akteure den Umweg über die europäische Politikebene nutzen, um nationale demokratische Verfahren der politischen Willensbildung- und Entscheidungsfindung zu umgehen und von außen Druck auf innenpolitische Kräfteverhältnisse auszuüben. Die Betonung liegt auf dem strategischen Umgang mit politischem Raum. Regierende verfolgen das Ziel, sich auf mindestens zwei Politikerebenen - der nationalen und der internationalen - Autonomiespielräume zu verschaffen. Auf der internationalen Ebene verbünden sie sich gegen ihr gesell-

schaftliches Umfeld, um dadurch unliebsame innenpolitische Widerstände aus dem Weg zu räumen. „Umgekehrt können unter Hinweis auf Probleme bei der innenpolitischen Durchsetzung eines (unliebsamen) internationalen Verhandlungsergebnisses aber auch den Mitspielern auf der intergouvernementalen Ebene Zugeständnisse abgerungen werden“ (Wolf 2000: 89).

Auch die Kritik an der Informalisierung des Regierens inter- und transnationaler Governance-Prozesse (etwa Greven 2005; Peters 2005; Grande und Eberlein 2005) betont die räumliche gegenüber der zeitlichen Dimension von Politik. Informalisierung wird verstanden als die Herauslösung politischer Entscheidungsfindungsprozesse aus den formalen Verfahren nationaler Demokratie. Von dem dadurch entstehenden Mangel der institutionellen Verortung und Rückbindung inter- und transnationaler Entscheidungsfindungsprozesse an die territorial gebundenen Verfahren und Sinnhorizonte nationaler Demokratie sollen vor allem politisch mächtige Akteure profitieren, wie etwa die staatliche Exekutive, die öffentliche Verwaltung und ressourcenstarke privatwirtschaftliche Interessenorganisationen (Greven 2005; Peters 2005). Da der politische Raum einen Bestandteil des kulturellen Sinnhorizonts nationaler Demokratie bildet, zählt er zu den Voraussetzungen für die Verständigung, politische Kommunikation und Willensbildung innerhalb eines Staatsterritoriums (Greven 1998). So gesehen gefährdet die inter- und transnationale Politik die räumliche Bedingung demokratischer Selbstbestimmung.

### 3.3 Zeitsensible Ansätze

Da die temporale Struktur inter- und transnationalen Regierens in den diskutierten herrschaftskritischen Ansätzen nicht berücksichtigt wird, bilden zeitsensible Ansätze, wie sie in der kritischen demokratietheoretisch inspirierten Gesellschaftstheorie (etwa Rosa 2003, 2005a, 2005b) sowie in neueren Ansätzen der Policy-Analyse (so vor allem Rüb 2006; 2007) entwickelt wurden, eine ideale Ergänzung dieser Forschungsrichtung. Sie sollen im Folgenden diskutiert werden.

### 3.3.1 Die kritische Gesellschaftstheorie sozialer Beschleunigung

Im Fokus der kritischen Gesellschaftstheorie Rosas (2005a) steht das Verhältnis von demokratischer Politik und den temporalen Strukturen sozialen Wandels. Die Aufmerksamkeit des Autors gilt vor allem der „Politik in der Zeit“. Die Auseinandersetzung mit der politischen Eigenzeit, der Zeit in der Politik, spielt dabei eine untergeordnete Rolle. Ausgangspunkt der Untersuchung ist die Annahme, dass Demokratie nur innerhalb eines bestimmten Beschleunigungsrahmens des sozialen Wandels funktionieren kann, dass es also der Synchronisation zwischen dem Tempo und Rhythmus sozialer Evolution und sozialen Wandels auf der einen Seite und der demokratischen Willensbildung und Entscheidungsfindung auf der anderen bedarf (Rosa 2005b: 446). Ausgehend von dieser Grundannahme wird die These entwickelt, dass die globalisierungsbedingte soziale Beschleunigung zu der Desynchronisation zwischen Tempo und Rhythmus von sozialem Wandel und Politik führt (ebd.). Entsprechend soll die aktuelle Zeitkrise der Politik darin bestehen, dass Politik ihre Schrittmacher- und Gestaltungsfunktion verliert. Statt sozialen Wandel demokratisch gestalten zu können, wird sie reaktiv, situativ. „(P)olitics no longer seems to be the actor and pace-maker of social change; quite to the contrary, political agendas have become situationalist attempts at ‚muddling through‘, at (often anachronistically) re-acting to the pressing demands arising elsewhere“ (Rosa 2005b: 400-19, siehe auch 2005a: 453).

Aus der politikwissenschaftlichen Perspektive besteht das Problem dieser Analyse meines Erachtens in der Unterschätzung der Rolle des Staates für den beschriebenen temporalen Strukturwandel (kritisch dazu auch Scheuerman 2003). Dadurch dass politisches Handeln primär im Verhältnis zur temporalen Struktur sozialen Wandels statt zur politischen Eigenzeit thematisiert wird, nimmt Rosa Politik als Beschleunigungsoffer statt als Ort der Gestaltung politischer und sozialer Zeitstrukturen wahr. Temporaler Wandel wird nicht im Kontext eines Kontinuums staatlicher Herrschaft gedeutet, sondern als Übergang von der demokratischen Entschleunigungspolitik hin zur Politikbeendigung durch Deregulierung und - in Verbindung damit - der sukzessiven Preisgabe normativer Gestaltungsansprüche innerhalb der Politik.

Aufgrund der funktionalistischen Prädisposition der Analyse stellt Rosa politikexterne ökonomische, kulturelle und strukturelle Faktoren in den Vordergrund statt die staatlichen Antriebskräfte aktueller sozialer Beschleunigung zu untersuchen (etwa 2005a: 328). Dadurch entgeht dieser Perspektive, dass der Staat auf sich selbst einwirken und durch Selbsttransformation nicht die Erosion der Politik, sondern ihre Fortsetzung in anderer Form bewirken kann (dazu etwa Rüb 2003).

### 3.3.2 Policy-Forschung

Die zeitsensible Policy-Analyse (Kingdon 1984; Zahariadis 2003; Rüb 2007) knüpft gewissermaßen an die politische Theorie Machiavellis an, der als einer der ersten frühmodernen politischen Denker Zeit als ein machtstrategisches Instrument gedacht hat (Machiavelli 1990: XXV; dazu Pocock 1975; Rüb 2007). Bei Machiavelli sind Be- und Entschleunigungsstrategien Teil des Spiels mit zeitlichen Kontingenzen und Gelegenheiten. Besonnenheit, die Zeit für sich arbeiten lassen, wird in Abhängigkeit der temporalen Umstände des Regierens als ebenso sinnvoll erachtet wie die unverzögerte Handlung zur richtigen Gelegenheit. Gegenwärtig, so legen etwa die policy-analytischen Beiträge von Rüb (2003, 2006, 2007) nahe, stellt Politik von der zielorientierten, rationalen und sequentiell angelegten Planung auf reaktive Zeitstrategien um (Rüb 2007: 97). Regieren wird dadurch experimentell, dass Politiker die Beschleunigung politischer Prozesse zur Herstellung politischer Gestaltungschancen nutzen.

Besonders interessant ist Rübs Verweis auf die doppelte Handlungskontingenz der Politik (Rüb 2006: 15). Doppelte Handlungskontingenz bedeutet, dass politische Akteure durch ihre Reaktion auf überraschende und letztlich nicht kontrollierbare Hintergrundkontingenz selbst Handlungskontingenz produzieren. Der Umgang mit Plötzlichkeit und unvorhersehbaren Ereignissen fördert die Kontingenz oder „Unbestimmtheit“ politischen Handelns. Die Flexibilisierung politischer Zeitstrukturen in der inter- und transnationalen Politik bringt es mit sich, dass die doppelte Handlungskontingenz in gesteigertem Maß hervortritt. Durch ihre Herauslösung aus den kontingenzbegrenzenden institutionalisierten Tempi und Zeitrhythmen nationaler Politik wird Zeit neu formbar und strategisch ein-

setzbar. Im Kampf um politische Gestaltungsmacht geht es nicht mehr um die Einhaltung vorgegebener Zeitstrukturen, sondern um das Zeitmanagement, das heißt die optimale Kontrolle und Manipulation politischer Zeit.<sup>6</sup> Übertragen auf die These der neuen Staatsräson heißt das, dass politische Akteure die kontingenzbegrenzenden demokratischen Regelungsaspekte der nationalen Politik im Umweg über die inter- und transnationale Politik umgehen, um sich dadurch gegenüber nationalen Akteuren Vorteile zu verschaffen. Immer dann, wenn die kontingenzbegrenzende Wirkung von Institutionen bewusst umgangen wird, kommt eine dritte Form der politischen Kontingenzen ins Spiel, und zwar die *strategische Kontingenzerzeugung* (dazu Toens 2007; 2009b; 2009c). Weil es dabei um den geplanten und vorausschauenden Umgang mit Kontingenzen, statt um die Unverhersehbarkeit politischen Handelns geht, ist die strategische Kontingenzerzeugung von Handlungskontingenzen zu unterscheiden.

### 3.4 „Herrschaft durch Zeit“ als politikwissenschaftlich vernachlässigte Dimension

Die Untersuchung des machtpolitischen Umgangs mit Zeit bildet einen unverzichtbaren Bestandteil demokratietheoretischer Herrschaftskritik. Sie ist ebenso wichtig, wenn nicht sogar wichtiger, als die Analyse von Kommunikation und Kommunikationsstrukturen, denn ohne Zeit kann auch nicht kommuniziert werden. „Governance“, im Sinne der Öffnung des Regierungsprozesses für transnationale Interessenverbände und NGOs, verbindet sich mit extrem zeitaufwendigen kooperativen Aushandlungsprozessen, die ohne die *institutionalisierte Geduld* nicht durchführbar sind.

Die Auseinandersetzung mit dem aktuellen Forschungsstand hat gezeigt, dass die Zeitdimension der Politik in herrschaftskritischen Analysen inter- und transnationalen Regierens vernachlässigt wird. Bezieht man den Umgang mit politischer Zeit in die Machtstrategien politischer Akteure mit ein, so ließe sich die These der neuen Staatsräson (Wolf 2000) um eine zeitliche Dimension erweitern. Gleiches gilt für die Informalisierungskritik (etwa Greven 2005). Hier müssten die zeitstrategischen Implikationen informeller Politik und ihre Auswirkungen

<sup>6</sup> In gewisser Weise passend dazu, siehe Rübs Konzept des manageriellen Staates (2003).

auf die demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten zivilgesellschaftlicher Akteure untersucht werden.

Weil sie zentrale Zusammenhänge zwischen sozialer Beschleunigung und demokratischer Politik herausarbeitet, enthält die kritische Gesellschaftstheorie Rosas (2005a) wichtige Impulse für die Politikwissenschaft. Aufgrund der funktionalistischen Grundannahmen dieser Analyse, die letztlich von einem ökonomisch produzierten Zeitdruck ausgeht, dem demokratische Politik zum Opfer fällt, wird die Rolle der Politik für die soziale Beschleunigung vernachlässigt. Überdies wird die Fähigkeit politischer Akteure unterschätzt, die veränderten Zeitstrukturen des inter- und transnationalen Regierens in politische Macht zu transformieren. Vielmehr wird die Existenz der Politik von der Fähigkeit des Staates abhängig gemacht, die demokratische Problemlösung voranzutreiben. Statt als Spiel mit der Macht tritt Politik als Instrument der Regulierung, Planung und Problemlösung in Erscheinung. Politikwissenschaftlich betrachtet ist sie jedoch immer beides, Machtpolitik und versuchte Problemlösung, „Powering“ and „Puzzling“ (Hall 1993; Mayntz 2005: 17).<sup>7</sup> Da Probleme in politisch umstrittene und manipulierbare soziale Konstruktionen der Wirklichkeit eingebettet sind, ist beides, Machtspiel und der Versuch der Problemlösung, untrennbar miteinander verbunden. Die Inter- und Transnationalisierung des Regierens löst diesen Zusammenhang nicht gänzlich auf, auch wenn sie die Machtpolitik gegenüber der Problemlösungspolitik begünstigt.<sup>8</sup>

Vor diesem Hintergrund ist vorstellbar, dass Politik den umgekehrten Weg der von Rosa beschriebenen deregulierungsbedingten Kapitulation bzw. Selbstbeendigung einschlägt. Statt durch die neuen Zeitstrukturen gesellschaftlichen Wandels in die Defensive gedrängt zu werden, treten Regierungsakteure durch die Entwicklung neuer Zeitstrategien zur Rückgewinnung politischer Gestaltungsmacht in die Offensive. Im Wettkampf um politische Gestaltungsmacht werden politische Zeitstrategien an die neuen Zeit- und Beschleunigungsstrukturen innerhalb der Gesellschaft angepasst. Da es sich hier jedoch um eine aktive Form der Anpassung handelt, durch die Staaten die temporale Struktur sozialer Be-

<sup>7</sup> Studien über die temporalen Strukturen demokratischer Regierungssysteme zeigen, dass Politik den an sie herangetragenen Planungs- und Problemlösungsauftrag immer schon partiell durch den machtstrategischen Umgang mit politischer Zeit unterlaufen hat (etwa Riescher 1994).

<sup>8</sup> Die politische Lern- und Problemlösungswilligkeit (das „Puzzling“) wird durch den Sanktionsdruck der Wähler/innen gefördert, der unter den Bedingungen der Inter- und Transnationalisierung des Regierens nur sehr bedingt greift (Toens/Landwehr 2007: 84).

schleunigung für den Erhalt bzw. die Erweiterung ihrer Autonomiespielräume nutzen, sollte analytisch zwischen der *passiven* und der *aktiven* Anpassung der Politik unterschieden werden. Besteht die passive Anpassung aus der von Rosa beschriebenen Preisgabe des normativen Planungs- und Lenkungsanspruchs der Politik, so zeichnet sich die aktive Anpassung gerade durch den strategischen Umgang mit politischer Eigenzeit aus. Genau genommen kann der folgende Zusammenhang zwischen beiden Formen der Anpassung vermutet werden: In dem Maß, in dem Staaten die Fähigkeit verlieren, über die normative Beeinflussung sozialer Zeitstrukturen Macht auszuüben, stützen sie sich auf den strategischen Umgang mit politischer Eigenzeit als die verbleibende (und daher umso wichtiger werdende) Ressource politischen Machterhalts. Das defensive Muster passiver Anpassungsstrategien wird zunehmend durch die aktive Anpassungsstrategie der offensiven Nutzung politischer Eigenzeit durchbrochen.

Die zeitsensible Policy-Analyse von Friedbert Rüb berücksichtigt zwar Machtfragen, aus der Perspektive einer zeitsensiblen Herrschaftskritik greift sie aber zu kurz, weil die veränderte temporale Struktur des Regierens nicht im Demokratie- und Gesellschaftsbezug, das heißt mit Blick auf die Veränderungen der politischen Beteiligungsmöglichkeiten zivilgesellschaftlicher Akteure, thematisiert wird. Überdies konzentriert sich die Analyse vor allem auf die machtstrategischen Implikationen der Politikbeschleunigung. Dadurch wird der Vielfalt politischer Zeitstrategien nicht angemessen Rechnung getragen.

Eine zeitsensible demokratiethoretische Herrschaftskritik sollte an den identifizierten Forschungslücken ansetzen. Dies kann geleistet werden durch die Ergänzung der machtpolitischen Implikationen von neuer Staatsräson und Politikinformalisierung um die zeitstrategische Dimension sowie durch die Übertragung der Desynchronisationsthese Rosas auf die politische Eigenzeit. Weiterhin geht es um die Berücksichtigung unterschiedlicher Zeitstrategien, die neben der Beschleunigung auch die Entschleunigung sowie die Schaffung und machtstrategische Nutzung politikebenenspezifischer Zeitzonen beinhalten.

#### 4. Überlegungen zu einer zeitsensiblen Herrschaftskritik

Im Folgenden sollen analytische Instrumentarien für eine zeitsensible Herrschaftskritik entwickelt werden. Der erste Abschnitt (4.1) beleuchtet unterschiedliche zeitliche Dimensionen politischer Herrschaft. Die räumliche Dimension von neuer Staatsräson und Politikinformalisierung wird um zeitstrategische Motive ergänzt. Im zweiten Abschnitt (4.2) wird die Analysekategorie schwache Interessen um raumzeitliche Aspekte erweitert. Schließlich (4.3) wird die Desynchronisationsthese Rosas vom Gegenstand der „Politik in der Zeit“ auf den politikimmanenten Gegenstand der „Zeit in der Politik“ übertragen. In dem Fall geht es dann nicht um das zeitliche Gegeneinander von sozialem Wandel und Politik. Im Zentrum steht vielmehr die negative Beeinträchtigung demokratischer Beteiligungsmöglichkeiten durch das Gegeneinander zeitlicher Abläufe innerhalb der Politik, ein Krisenszenario, das exemplarisch am Beispiel von Be- und Entschleunigungsstrategien durchgespielt werden soll.

##### 4.1 Erste Annäherungen

Die systematischere Erfassung des Zusammenhangs zwischen politischer Herrschaft und Zeit beginnt mit der Erkenntnis, dass Zeit sozial konstruiert und politisch formbar ist. Die ordnungspolitische Vorgabe von Zeitstrukturen, das Messen und Verwalten von Zeit, gelten als typische Phänomene politischer Herrschaft (siehe dazu auch Eberling 1996: 13). Aus der Perspektive Max Webers (1976) zeichnet sich politische Herrschaft durch spezifische Charakteristika aus, die sie von Macht als einer subpolitischen, diffusen und potentiell desorganisierenden Größe unterscheidet. Sie impliziert eine hierarchische Beziehungsstruktur, eine geordnete Hierarchie aus Befehl und Gehorsam. Weber hatte jedoch primär die politische Herrschaft in der Verwaltung vor Augen, so dass die Übertragbarkeit seines Herrschaftsmodells auf die moderne Demokratie fragwürdig erscheint. Im demokratischen Verfassungsstaat wird das hierarchische Beziehungsmuster des „Anstaltsstaates“ durch ein System rekursiver Herrschaftsbeziehungen abgelöst (dazu Grande 2007).

Die Flexibilisierung politischer Zeit jenseits des Nationalstaates begünstigt die Etablierung zeitpolitischer Herrschaftsregime, die Tendenzen der Rückkehr zum Weberschen Modell administrativer politischer Herrschaft aufweisen. In Anlehnung an die frühe Verwendung des Regimebegriffs in den Internationalen Beziehungen (Krasner 1986)<sup>9</sup> verstehe ich unter einem zeitpolitischen Herrschaftsregime zeitliche Normen, Prinzipien, Rhythmen und Dynamiken, in denen die Erwartungen der Akteure zusammenlaufen und die politischen und sozialen Handlungen eine Bedeutung verleihen. Maßgeblich für die Herausbildung von Zeitregimen sind also nicht institutionell vorgegebene formale Zeitstrukturen, sondern das aufeinander Abstimmen wechselseitiger Erwartungen, was auch informell vonstatten gehen kann (dazu Helmke und Lewitsky 2004). So gesehen betont der Regimebegriff gerade die informelle Seite der Politik. Zeitregime unterscheiden sich durch ihre Strukturlosigkeit von den zeitlichen Regelungen demokratischen Regierens. Damit erinnern sie an die Fluidität organisierter Anarchien (dazu Peters 2005; Rüb 2007). Sie begünstigen die Ausübung administrativer politischer Herrschaft, indem sie die transparente zeitliche Struktur formaler demokratischer Entscheidungsfindungsverfahren im nationalen Handlungsrahmen unterwandern bzw. durch ihre zeitliche Eigendynamik und desynchrone Verlaufsweise zumindest herausfordern.

Innerhalb des Staates stärkt die Informalisierung politischer Zeit die Exekutive, da diese im Vergleich zur Legislative zeitlich flexibler agieren kann und sich aufgrund ihrer außenpolitischen Zuständigkeit über die Zeitregime jenseits des Nationalstaates der demokratischen Kontrolle entziehen kann. Ferner gefährdet die Informalisierung politischer Zeit die gleichen politischen Mitgestaltungsspielräume nationaler zivilgesellschaftlicher Akteure: erstens dadurch dass die formalen Beteiligungsmöglichkeiten, die soziale Unterschiede einebnen statt sie dem freien Spiel der Kräfte auszusetzen, zeitlich unterlaufen werden<sup>10</sup>; zweitens dadurch, dass der Mangel an Zeittransparenz innerhalb von Zeitregimen die politische Partizipation zivilgesellschaftlicher Akteure erschwert. Die Teilnahme an ad hoc Entscheidungen und informell datierten entscheidungsrelevanten Debatten,

<sup>9</sup> Zur aktuellen Verwendungen des Regimebegriffs siehe Janning (2007).

<sup>10</sup> Wenn Entscheidungen den offiziell vorgesehenen Zeitfenstern innerhalb der formalen demokratischen Verfahren im nationalen Handlungsrahmen vorgelagert sind, wird der politische Willensbildungsprozess in den Parlamenten sowie auch die Zugangskanäle politischer Interessengruppen zu den nationalen demokratischen Entscheidungsfindungsverfahren außer Kraft gesetzt.

die zeitpolitische Herrschaftsregime jenseits des Nationalstaates prägen, setzen die kontinuierliche Präsenz und/oder Verfügbarkeit von Informationen über die Zeittakte und Rhythmen politischer Entscheidungsfindungsprozesse voraus. Wenn man nicht weiß, wann entscheidungsrelevante Debatten stattfinden, ob Entscheidungen bereits gefällt wurden oder wann sich das Zeitfenster für die Verhandelbarkeit noch entscheidbarer Themen schließt, schrumpfen die Teilnahmechancen gegen Null.

Die Politik jenseits des Nationalstaates bringt Entscheidungen hervor, die ordnungspolitische Maßnahmen im nationalen Handlungsrahmen vorstrukturieren können. Eine zweite Zeitdimension des inter- und transnationalen Regierens besteht also in der politischen Beeinflussung gesellschaftlicher bzw. sozialer Zeit. Der politische Umgang mit Zeit – die Zeitpolitik – hat also nicht nur politische, sondern auch soziale Zeit zum Gegenstand. Der politikimmanente Umgang mit Zeit beinhaltet nicht nur die Nutzung politischer Zeit als Mittel zum Zweck der Manipulation und strategischen Lenkung politischer Entscheidungsfindungsprozesse zugunsten der Durchsetzung bestimmter Politikinhalt (Policies). Er kann auch dazu beitragen, den gesellschaftlichen Umgang mit Zeit über *Zeit-Policies* (z.B. die rechtliche Regelung von Lebensarbeits- und Kinderbetreuungszeit, Ausbildungs-, Schul-, und Wehrpflicht) zu beeinflussen. Im Folgenden wird der Unterschied des politischen Umgangs mit politischer und sozialer Zeit deutlich gemacht.

#### *Vom Umgang mit politischer Zeit*

Politische Zeit wurde bereits definiert als die inhärenten temporalen Muster und Horizonte des politischen Systems (siehe Abschnitt zwei). Im strategischen Umgang mit politischer Eigenzeit wirkt Politik sozusagen auf die eigene temporale Struktur ein. Da der Umgang mit politischer Eigenzeit (die Zeit in der Politik) selbst einem zeitlichen Wandel unterliegt, muss er im Wechselverhältnis mit der temporalen Struktur sozialen Wandels (die Politik in der Zeit) betrachtet werden. Wie bereits in Rekurs auf Machiavelli (1990) erwähnt wurde kann der taktische Umgang mit Zeit sowohl Ent- als auch Beschleunigungsstrategien beinhalten. Verschiebe- und Verzögerungstaktiken (z.B. die bereits erwähnte Filibusterei) sind Beispiele für die Entschleunigung politischer Abläufe. Andersherum eignet sich die künstliche Beschleunigung politischer Entscheidungsfindungsprozesse –

etwa durch die Ausübung von Zeitdruck – für den Einsatz von Zeit als Informations- und Themenfilter, etwa indem die Diskussion bestimmter unliebsamer Themen permanent der Zeitknappheit zum Opfer fällt (siehe das Beispiel in Fußnote 11).

Je nachdem aus welcher Perspektive man Zeitpolitik beurteilt, kann sie als Beschleunigungs- oder Entschleunigungsstrategie in Erscheinung treten. Die permanente Verschiebung einer unliebsamen Thematik entschleunigt deren Behandlung, während die Politikbeschleunigung Zeitknappheit erzeugt und somit die themenspezifische Verschiebetaktik erst ermöglicht. Andersherum kann Entschleunigung auch als Akzelerationsstrategie verwendet werden. Das Hinauszögern institutioneller Wartung, etwa indem die periodisch notwendige Anpassung von Institutionen an veränderte Umweltbedingungen ausbleibt, steigert den Reformdruck, der wiederum die Selbstbeschleunigung der Politik alternativlos erscheinen lässt. In beiden Fällen kann Zeit als eine Art Themen- oder Informationsfilter genutzt werden, durch die die zeitnahe Verarbeitung von politischen Forderungen („Inputs“) unterbunden wird (näher siehe Abschnitt 4.3). Beides sind reaktive Strategien der Anpassung des Umgangs mit politischer Eigenzeit an Zeitrhythmen und Tempi sozialen Wandels, die die temporale Struktur des Regierens verändern.

#### *Der zeitpolitische Umgang mit sozialer Zeit*

Soziale Zeit meint die gesellschaftliche Organisation von Zeit, die Tempo und Rhythmus sozialer Interaktion beeinflusst. Durch ordnungspolitische Interventionen in die gesellschaftliche Organisation der Zeit wird Zeit selbst zur Policy. Hier kann Politik beispielsweise soziale Zeitabläufe und individuelle Zeitbiographien ent- oder beschleunigen, etwa durch die Verlängerung oder Verkürzung von Ausbildungs- und Studienzeiten. Am Beispiel der Hochschulpolitik lässt sich zeigen, dass die Regulierung von Studienzeiten sowohl in das organisatorische Zeitmanagement einzelner Institutionen (den Hochschulen) als auch – vermittelt über die Beeinflussung des individuellen Zeithaushalts und Zeitempfindens von Lehrenden und Studierenden – in die Zeit- und Lebensplanung, die Zeitressourcen und das Lebenstempo Entscheidungsbetroffener eingreift. Zeitpolitik wird zur Ordnungspolitik. Diese Beobachtung widerspricht der Desynchronisationsthese Rosas (2005a, 2005b), dass sich die temporale Struktur sozialen Wandels staatlich vermittelten politischen Eingriffen entzieht. Zwar sind teilbereichs-

übergreifende gesamtgesellschaftliche Auswirkungen von Zeitpolitik schwer vorstellbar, weil die soziale Differenzierung die Heterogenisierung und Pluralisierung lebensweltlicher Zeitstrukturen nach sich zieht. Teilbereichsspezifisch kann Politik aber immer noch intervenieren und soziale Beschleunigungsprozesse forcieren bzw. steuern.

Der Zusammenhang zwischen politischer und sozialer Zeit besteht darin, dass der politische Umgang mit sozialer Zeit über den Umgang mit politischer Eigenzeit manipuliert werden kann. Diejenigen Akteure, die die zeitlichen Strukturen der Politik beeinflussen können, verbessern dadurch ihre Chancen, bestimmte ordnungspolitische Präferenzen hinsichtlich des Umgangs mit gesellschaftlicher oder sozialer Zeit gegenüber widerstrebenden Positionen durchsetzen zu können. Die Etablierung von Zeitregimen, um die es im folgenden Absatz gehen soll, ist deshalb politisch so brisant, weil sie der Verstärkung von politischer Eigenzeit und ihrer machstrategischen Nutzung dient.

#### *Zeitpolitische Herrschaftsregime*

Die Etablierung inter- und transnationaler Zeitregime birgt Nachteile für nationale zivilgesellschaftliche Akteure, weil die Effektivität formaler Einflussmöglichkeiten im nationalen Handlungsrahmen der Politik dadurch gemindert wird. Zivilgesellschaftliche Akteure können dem Verlust politischer Einflussmöglichkeiten durch ihre Präsenz innerhalb von inter- und transnationalen Zeitregimen vorbeugen. Unter den Bedingungen von Unsicherheit, dem Mangel an Transparenz und Vorhersehbarkeit, die inter- und transnationale Zeitregime auszeichnen, zählen kontinuierliche Präsenz und Zeitflexibilität zu den Voraussetzungen politischen Handelns, es sei denn Akteure besitzen privilegierten Zugang zu „zeit-sparenden“ Informationen und Netzwerken. Kontinuität und Zeitflexibilität stellen somit wichtige politische Ressourcen im Durchsetzungskampf organisierter Interessen dar. Nicht nur die räumliche Präsenz (z.B. durch örtliche Niederlassungen, Dependancen), sondern auch der Einsatz zeitlich flexibler, und das heißt in der Regel vollzeitbeschäftigter Mitarbeiter, verbessert die politischen Durchsetzungschancen einer Interessenorganisationen.

Präsenz, Vernetzung, Wissens- und Informationsvorsprünge sind wichtige Ressourcen, die politische Organisationen in die Lage versetzen, auf die unstillen Zeittakte und Rhythmen inter- und transnationaler Politik zu reagieren, ja diese

im Idealfall sogar selbst mit zu prägen. Auf dieser Stufe wird politische Herrschaft in diffuse Macht transformiert. Mehrebenenspiele werden so zu *Mehrebenenzeitstrategien*, etwa durch die zeitlich flexible Abwanderung auf entscheidungsrelevante inter- bzw. supranationale Politikebenen. Erst im zweiten Schritt, wenn die veränderte temporale Struktur des Regierens ein bestimmtes Maß an Konsistenz und Dauerhaftigkeit erreicht hat, kann von der Etablierung politischer Herrschaftsregime gesprochen werden.

Zwei- bzw. Mehrebenenspiele, die den formalen Analyserahmen der Neuen Staatsräson bilden, werden nicht nur von staatlichen, sondern auch von zivilgesellschaftlichen Akteuren betrieben, insoweit Letztere es sich leisten können, der Abwanderung staatlicher Akteure auf die supra- bzw. internationale Politikebene zu folgen oder dieser vorauszuweichen. Zeitstrategische Dimensionen der Zwei- bzw. Mehrebenenspiele bestehen in dem zeitlichen Wissens- und Gestaltungsspielraum, den Mehrebenenspieler sich gegenüber nationalen politischen Akteuren verschaffen können sowie in der *Mehrebenen-Zeitsteuerung* (Multilevel-Timing), das heißt in der Errichtung ebenenspezifischer Zeitzonen, über die sich politische Willensbildungsprozesse mit entscheidungsvorstrukturierender Wirkung ver selbstständigen können (näher siehe Abschnitt fünf).

Strategien, die an diesen unterschiedlichen Zeitdimensionen politischer Herrschaft ansetzen, sind daraufhin zu überprüfen, inwieweit sie sich innerhalb des Rahmens demokratisch legitimierter Herrschaft abspielen oder umgekehrt, aufgrund der mangelnden Rückbindung an formal-demokratische Entscheidungsfindungsverfahren die Toleranzgrenze des politisch Legitimen aufsprengen. Im ersten Fall spreche ich von *institutionell einholbaren Zeitstrategien*, die dadurch dass sie institutionell einholbar sind, politisch attackierbar werden. Im zweiten Fall geht es um verdeckte, „unsichtbare“ Zeitstrategien, die außerhalb des institutionellen Rahmens demokratisch legitimierter Herrschaft ansetzen. Sie nenne ich daher *flüchtige* oder auch *ausreißende Zeitstrategien*.

Institutionell einholbare Zeitstrategien setzen an den herkömmlichen Regulationsstrukturen repräsentativer Demokratie an. Sie orientieren sich an der Logik der Interaktion von Regierung und Opposition, von Exekutive und Legislative. Daher sind sie für das Gegenüber gewissermaßen vorhersehbar, anfechtbar und politisch einholbar, das heißt die Adressaten dieser Zeitstrategien verfügen über

ein Repertoire an routinierten und erprobten bzw. institutionell abgefederten Gegenstrategien.<sup>11</sup>

Ausreißende Zeitstrategien sind in der Regel nicht institutionell einholbar. Sie sind Bestandteil informeller Politik, die außerhalb der institutionalisierten Verfahren repräsentativer Demokratie stattfindet. Daher sind sie – zumal für stark national verankerte Akteure – nicht immer sichtbar. Ausgehend von den herkömmlichen Kategorien politischer Macht (Bachrach 1970; Lukes 1976) handelt es sich bei ausreißenden Zeitstrategien um eine verdeckte Form der Machtausübung, die ähnlich wie die Machtausübung durch politische Nichtentscheidung, in der Ignoranz der negativen Folgen, die das eigene politische Handeln für andere impliziert, besteht. Ein Beispiel ist die Herauslösung politischer Entscheidungsfindungsprozesse aus den formalen Zeitstrukturen nationaler Demokratie. Diese Form der *politischen Entzeitlichung* fördert den Mangel an Zeittransparenz.

Ausreißende Zeitstrategien können grenzüberschreitend angelegt sein und von außen auf nationale Handlungskontexte einwirken. Beispiele sind Mehrebenenzeitstrategien. Die Herauslösung politischer Entscheidungsfindungsprozesse aus den formalen Zeitstrukturen nationaler Demokratie (die politische Entzeitlichung) ebnet den Weg für die Etablierung unterschiedlicher Zeitregime auf mehreren Politikebenen. Damit ist die Voraussetzung geschaffen für die Verselbstständigung politischer Entscheidungsfindungsprozesse über die Zeitschiene. Politische Entscheidungsfindungsprozesse jenseits des Nationalstaates verlaufen kontextfrei. Diejenigen die entscheiden setzen sich nicht oder nur sehr begrenzt mit Fragen der lokalen Umsetzung und Umsetzbarkeit (den Machbarkeitsgren-

<sup>11</sup> Als Beispiel für politisch einholbare Zeitstrategien eignet sich eine aktuelle Verzögerungstaktik des deutschen Bundestages, die auf Kosten des Bundesrates geht. Laut Grundgesetz können Vorlagen für Bundesgesetze gleichberechtigt durch die Bundesregierung, den Bundestag oder durch den Bundesrat eingebracht werden. Der Bundestag hat dann „in angemessener Frist zu beraten und einen Beschluss zu fassen“ (GG Art. 76). Der Koalitionsvertrag der aktuellen Regierung von SPD und Union sieht indes vor, nur solche Gesetzesvorlagen einzubringen, über die zwischen den großen Parteien Einigkeit besteht. In der Konsequenz wird die rechtliche Grauzone im Grundgesetz, das sich über die maximale Dauer der „angemessenen Frist“ ausschweigt, genutzt, um konfliktträchtige Länderanträge „einfach in die Sofaritze“ zu schieben (Fröhlingsdorf 2008:5). Für die Länder ist diese Blockade zwar ärgerlich, sie verfügen jedoch über die Möglichkeit der Klage auf Verfassungswidrigkeit und die grundgesetzliche Konkretisierung der zeitlichen Bearbeitungsfrist für Länderanträge (ebd.). Die genauere Betrachtung des Falls zeigt ferner, dass die Verzögerungsstrategie der themenspezifischen Verlangsamung durch Beschleunigung und der damit verbundenen Zeitknappheit politischer Entscheidungsfindungsverfahren funktioniert. So klagen Bundestagsabgeordnete der Opposition darüber, dass selbst wenn der Wille zur Einbringung von Länderanträgen gegeben ist, das Zeitkontingent zu schmal sei. Da zwei Drittel der Kernredezeiten der Großen Koalition gehören, kommt die Opposition kaum dazu, die eigenen Themen unterzubringen (ebd.).

zen, nicht intendierten Seiteneffekten, etc.) auseinander. Dadurch sind sie den kontextbezogenen bzw. eingebetteten nationalen politischen Entscheidungsfindungsprozessen im Tempo voraus. Dieser Zeitvorsprung begünstigt die Reduzierung nationaler Politikprozesse auf die Umsetzung inter- und transnationaler Politikentscheidungen. Arbeitsteilige Politik wird asymmetrisch. Die eine Seite bestimmt über ihre Richtung und Programmatik, die andere wird auf die Lösung von Umsetzungsproblemen reduziert.

Ausreißende Zeitstrategien können auch innerhalb des formalen politischen Handlungsrahmens nationaler Demokratie initiiert und wirksam werden. In diesem Fall rührt ihre Unsichtbarkeit nicht aus der räumlichen Verlagerung politischer Eigenzeit auf die inter- bzw. supranationale Politikebene, sondern ausschließlich aus der Wirkung der Zeit selbst. Ein Beispiel bildet die radikale Entschleunigung politischer Entscheidungsfindungsprozesse. Die radikal entschleunigte Politik kann negative Konsequenzen zeitigen, die erst Jahrzehnte später sichtbar werden. Die Wirkung der Politikentschleunigung ist für Entscheidungsbetroffene daher in der Regel nicht antizipierbar. Ein Beispiel bildet die Vernachlässigung von Institutionen, deren Funktionsfähigkeit davon abhängig ist, dass sie regelmäßig an die sich verändernden Umweltbedingungen angepasst werden (näher dazu Offe 2001). Die vernachlässigte Wartungsbedürftigkeit von Institutionen zeitigt Folgewirkungen, auf die negativ Betroffene nur zeitverzögert reagieren können, nämlich dann, wenn Strukturen sich bereits verfestigt haben oder zumindest nicht mehr so ohne weiteres veränderbar sind. In derartigen Fällen sind die Reformvorstöße anderer Akteure, die Politikentwicklungen aufgrund ihrer Nähe zu staatlichen Entscheidungsträgern eher vorhersehen konnten, zeitlich kaum noch einholbar.

Rührt die Unsichtbarkeit von Zeitstrategien im Fall der Entschleunigung aus der mangelnden Sichtbarkeit der langfristigen Wirkung politischer Entscheidungen, so ist es im Fall der Beschleunigung die kulturelle Überblendung bzw. Normalisierung der Geschwindigkeitszunahme der Politik. Die Zeitordnung der Industriemoderne europäischer Prägung beruht auf einer Sichtweise von Zeit als ökonomisch verwertbares knappes Gut. „Beschleunigter Wandel ist das Kennzeichen dieser Gesellschaft, effiziente Zeitnutzung, Geschwindigkeit als Wert, das Füllen der Stunden und Minuten mit möglichst vielen Ereignissen prägen ihre Mitglieder“ (Eberling 1996: 10).

Globalisierungsbedingte Beschleunigungsschübe, wie sie etwa Rosa beschreibt, haben die Normalisierung von Beschleunigungsstrategien in der Politik zur Folge. Beschleunigung wird als unausweichlich wahrgenommen, nach dem Motto wenn alle aufs Gaspedal drücken, kann sich die Politik nicht anders verhalten. Auf Dauer hat die Wahrnehmung der Unausweichlichkeit etwas Banalisierendes. Die scheinbare Alternativlosigkeit der Politikbeschleunigung macht diese unsichtbar. Die herrschaftskritische Analyse verfolgt dagegen das Ziel, politische Zeitstrategien in ihren machtpolitischen Implikationen sichtbar und mit Blick auf ihre negativen Konsequenzen für die Demokratie angreifbar zu machen.

#### 4.2 Die temporale Struktur schwacher Interessen

Die folgende herrschaftskritische Analyse inter- und transnationaler Zeitregime fokussiert auf die so genannten schwachen Interessen. Diese Eingrenzung stützt sich auf zwei Vorannahmen. Erstens wird dem normativen Prinzip politischer Gleichheit gegenüber anderen Prinzipien repräsentativer Demokratie (Transparenz, politische Verantwortlichkeit) eine vorrangige Bedeutung beigemessen. Die normative Forderung politischer Gleichheit steht historisch nicht nur am Anfang moderner Demokratieentwicklung, sie bildet auch die Hauptantriebskraft für die Ausdehnung demokratischer Rechte auf immer weitere Teile der Bevölkerung (siehe etwa Crick 2002; Marshall 1992). Politische Gleichheit bzw. der Grundsatz der politischen Neutralisierung sozialer Unterschiede ist das zentrale Merkmal repräsentativer Demokratie, dem im nationalen Handlungsrahmen durch die institutionelle Einhegung sozialer Differenzen in die formalen Verfahren politischer Willensbildung Rechnung getragen wird. Ohne effektive Partizipationsmöglichkeiten verlieren auch Forderungen nach mehr Transparenz und politischer Verantwortlichkeit ihre Bedeutung. Hinter das politische Gleichheitsprinzip kann also lediglich auf Kosten der demokratischen Legitimität politischer Entscheidungen zurückgegangen werden (siehe dazu Greven 2005).

Zweitens taucht die Forderung der politischen Gleichheit mit Blick auf die zeitliche Flexibilisierung der Politik jenseits des Nationalstaates als materielle Forderung der fairen Verteilung rechtlich einklagbarer Redezeit- und Partizipationskontingente wieder auf. Dies gilt zumindest für die politischen Willensbil-

dungsprozesse, die ohne die Mitwirkung der Parlamente entscheidungsvorstrukturierende Wirkung zeitigen, wie sich am Beispiel der so genannten weichen Steuerungsinstrumentarien aufzeigen lässt (dazu Bauer und Knöll 2003; Langhoff 2006; Hochstetter 2007).

Im Rückgriff auf die distributive Gerechtigkeitstheorie von John Rawls (1993) lässt sich der formale Gleichheitsgrundsatz in eine materiale Gerechtigkeitsforderung umdeuten. Die Rawlsschen Gerechtigkeitsprinzipien geben vor, dass sich die gerechte Verteilung knapper Güter an der materiellen Grundausstattung der am schlechtest gestellten Mitglieder einer Gesellschaft bemisst. Überträgt man diese Gerechtigkeitsvorstellung auf die Frage nach den politischen Beteiligungschancen zivilgesellschaftlicher Akteure innerhalb inter- und transnationaler Zeitregime, dann hängt die demokratische Legitimität dieser Regime von den tatsächlichen politischen Beteiligungsmöglichkeiten schwacher Interessen ab.

Im Folgenden soll nun der Begriff schwache Interessen für die zeitpolitisch sensibilisierte Analyse politischer Entscheidungsfindungsprozesse fruchtbar gemacht werden. In den Sozialwissenschaften ist dieser Begriff immer noch nicht hinreichend definiert (dazu Willems und v. Winter 2000). Rein deskriptiv betrachtet können schwache Interessen unterschiedliche Personenkreise umfassen, wie z.B. Benachteiligte im Bildungssystem, politisch kaum repräsentierte Interessengruppen oder Nationen, Nicht-Versicherte, Arbeitslose, schwache Branchen- oder Unternehmensvertretungen oder auch die so genannten latenten Gruppen, bei denen die Zugehörigkeit aktuell noch gar nicht definiert werden kann (z.B. zukünftige Generationen, die als Konsumenten und Betroffene von Umweltschäden benachteiligt sind).

Auf die zeitlichen Dimensionen von Politik und Gesellschaft angewendet meint das, dass die soziale Benachteiligung schwacher Interessen dort ansetzt, wo die unterschiedlichen Personenkreise, die unter dieser Kategorie gefasst werden, (a) aufgrund verschiedener Formen der *zeitlichen Gebundenheit*<sup>12</sup> in der sozial beschleunigten „Turbo-Gesellschaft“ nicht mithalten können, und dadurch (b)

<sup>12</sup> Analytisch empfiehlt sich die Unterscheidung zweier Formen. *Aktive Zeitbindung* besteht darin, dass zeitliche Ressourcen in nicht marktförmige Arbeit fließt (z.B. Kindererziehung, Familien- und Pflegearbeit, Rehabilitation im Fall von Behinderung, etc.). *Passive Zeitbindung* besteht darin, dass der Mangel an sozialem und Human-Kapital dazu führt, dass die Betroffenen den Sprung in die sozial beschleunigte Zeitzone nicht schaffen. Zeitbindung meint dann das Eingeschlossen sein in eine komplementär entgegenwirkende Zeitzone der sozialen Entschleunigung (z.B. Arbeitslose haben viel Zeit, gerade das macht sie jedoch zu sozialen Außenseitern).

Gefahr laufen, im Wettkampf um politische Gestaltungsmacht abgehängt zu werden bzw. mangels Drohpotential nicht nur sozial, sondern auch politisch ins Abseits zu geraten. Formen der politischen Benachteiligung, die daraus folgen, sind meist subtiler Art. Sie greifen nicht durch die (in demokratischen Gesellschaften ohnehin kaum zulässige) offene Ausgrenzung von politischen Beteiligungsmöglichkeiten, sondern indirekt in Form der politischen Ignoranz gegenüber der besonderen Verwundbarkeit schwacher Interessen für die negativen Externalitäten politischer Zeitstrategien.

Schwache Interessen bilden keine statische Analysekategorie. Askriptive Merkmale sozialer Exklusion unterliegen selbst dem zeitlichen Wandel. In der frühen Moderne galten die Ortsgebundenheit und der Mangel an Zeitsouveränität als Voraussetzung für Fortschrittlichkeit und sozialen Status. Heute dagegen erhöht beides die Gefahr sozialer Exklusion (dazu Rosa 2005a: 345 f.; siehe auch Baumann 2000: 116 ff.; Castells 1996: 462 f.).

Hinzu kommt, dass die Machtressourcen<sup>13</sup> einer Interessenorganisation von veränderbaren politischen Strukturen abhängig sind. Trägt die Politikwissenschaft diesen veränderten Strukturen nicht Rechnung, dann verlieren Indikatoren zur Bemessung von politischer Organisationsmacht an empirischer Stichhaltigkeit.<sup>14</sup> Meines Erachtens nimmt die Bedeutung der zeitlichen Flexibilität (ebenso wie die der räumlichen Flexibilität) für die interessenpolitische Organisationsmacht gegenwärtig zu. Zeitflexibilität bildet das analytische Gegenkonzept zur Zeitgebundenheit (näher siehe Fußnote 12). Die Maßgabe zeitlicher Flexibilität als ein Bestimmungsfaktor politischer Organisationsmacht lässt sich sowohl auf die Merkmale der Mitglieder einer Interessenorganisation als auch auf die Interessenorganisation selbst beziehen. Im ersten Fall ist es die zeitliche Gebundenheit und Kontextabhängigkeit der Mitgliederinteressen, die die Heterogenität und folglich auch die Schwierigkeit der Aggregation von Interessen nach sich zieht.

<sup>13</sup> Unter Machtressourcen versteht man diejenigen Vorbedingungen, Quellen oder Mittel, „durch welche die Macht von A über B im Sinne der Chance der (Interessen)Durchsetzung ... vergrößert wird. Darunter fällt die Unabkömmlichkeit einer Organisation, die abhängig ist von schwer ersetzbaren Funktionsleistungen, Informationen und Wissensbeständen, sowie ihrer Organisationsmacht“ (Schmidt 1995: 575).

<sup>14</sup> So wurde der Begriff Organisationsmacht bis vor kurzem noch an Indikatoren festgemacht, die sich am Bild starker Gewerkschaften orientieren, darunter die starke Vernetzung mit Parteien und der wohlfahrtsstaatliche Institutionalierungsgrad politischer Forderungen (z.B. der Soziallohn) (näher dazu Schmidt 1995). Die Parteienkonkurrenz verliert jedoch international an Bedeutung (Jachtenfuchs und Kohler-Koch 2004), und die wohlfahrtsstaatliche Rekommodifizierung der Arbeit kann als die Folge der Abnahme gewerkschaftlicher Organisationsmacht gedeutet werden.

Dies gilt insbesondere dann, wenn die Organisation über die zeitlichen Grenzen nationalstaatlich gefasster Politik hinweg agieren muss, also innerhalb der inter- und transnationalen Zeitregime unter politischem Bewährungsdruck steht. Im zweiten Fall ist es die zeitliche Flexibilität der Interessenorganisation selbst, die darüber entscheidet, wie souverän diese über die Grenzen unterschiedlicher Zeitregime unterschiedliche Zeitzonen interessenpolitisch miteinander verkoppeln kann.

Die *interessenpolitische Koppelung unterschiedlicher Zeitzonen* kann vieles heißen. Sie ist immer dann im Spiel, wenn aus der Desynchronisation unterschiedlicher Geschwindigkeiten und Zeitzonen politisches Kapital geschlagen werden kann. Die parallele Präsenz innerhalb von zwei Zeitzonen ermöglicht der Organisation Informationsvorsprünge, die sie strategisch gegenüber Akteuren nutzen kann, die lediglich innerhalb einer Zeitzone politisch präsent sind. Ein weiteres Beispiel bildet die strategische Verknüpfung von Ent- und Beschleunigung, wie sie etwa anhand des Bund-Länder-Konfliktes im deutschen Föderalismus deutlich gemacht wurde (siehe das Beispiel in Fußnote 10).

Faktoren, die dabei eine Rolle spielen bzw. begünstigend wirken, reichen von der zeitlichen Flexibilität der Mitarbeiter bzw. Repräsentanten einer Interessenorganisation bis hin zu deren Fähigkeit mit den innerhalb unterschiedlicher Zeitzonen vorherrschenden kulturellen Gepflogenheiten souverän umzugehen, also die Anliegen der Organisation über die kulturellen Grenzen unterschiedlicher Zeitregime hinweg vertreten zu können.<sup>15</sup>

Die zeitliche Flexibilität erhöht die Opportunitätschancen der Interessenorganisation. So kann die kontinuierliche Mehrebenenpräsenz für die ad hoc Einflussnahme auf entscheidungsrelevante politische Prozesse genutzt werden. Auch kann sich die Interessenorganisation durch Mehrebenenpräsenz strategisch positionieren, insbesondere in wichtigen Belangen wie etwa der Institutionalisierung informeller Zeitstrukturen jenseits des Nationalstaates. Analytisch sollte hier zwischen Zeitstrategien erster und zweiter Ordnung unterschieden werden. *Zeitstrategien erster Ordnung* beziehen sich auf die machtpolitische Instrumentalisierung von Kontingenz und dem Mangel an Transparenz politischer Eigenzeit jenseits des Nationalstaates. Der treffende Begriff ist das machtstrategisch motivier-

<sup>15</sup> Die Redewendung zu wissen „wie jemand tickt“ verweist auf den Zusammenhang zwischen Zeit und sozialem Bezugssystem.

te Zeitmanagement, also der machtpolitisch bewusste Umgang mit der Flexibilisierung politischer Eigenzeit. *Zeitstrategien zweiter Ordnung* beziehen sich auf den Aufbau relativ verlässlicher informeller Institutionen, die letztlich den Regimecharakter politischer Eigenzeit jenseits des Nationalstaates ausmachen.

Je mehr Machtressourcen eine Interessenorganisation besitzt, desto eher kann sie die strategischen Nachteile, die aus den veränderten Zeitstrukturen in der Politik entstehen, kompensieren, etwa indem sie sich selbst aktiv in den Kampf um die Gestaltung politischer Zeit, also die Etablierung von Zeitregimen, einbringt. Schwache Interessen sind diesbezüglich doppelt benachteiligt. Mit der Beschleunigung sozialen Wandels verstärken sich nicht nur die Exklusionsprobleme, die sie mitunter konstituieren und ihre politische Organisation notwendig erscheinen lassen; paradoxerweise verschlechtern sich auch die Bedingungen ihrer politischen Organisation, wie dies bereits am Beispiel der Heterogenität schwacher Interessen und der daraus entstehenden Schwierigkeit der Interessenaggregation über die zeitlichen (und räumlichen) Grenzen der Politik hinweg deutlich gemacht wurde.

#### 4.3 Die Desynchronisation politischer Eigenzeit

Wenn im Folgenden von der Desynchronisation politischer Eigenzeit gesprochen wird, dann ist damit das Gegeneinander unterschiedlicher Zeitrhythmen und Geschwindigkeiten politischer Teilabläufe gemeint. Desynchronisationsbeispiele lassen sich auf der Grundlage des systemtheoretischen Modelldenkens von David Easton (1965) veranschaulichen. Easton konzipierte das politische System als prozessualen Mechanismus zur Verarbeitung von Umwelteinflüssen. Unter Eingaben aus der Umwelt fallen sowohl Forderungen als auch Unterstützungsleistungen, wobei die Forderungen die konkreten Impulse für das Systemhandeln darstellen. Diese Inputs verarbeitet das politische System zu Outputs in Form von spezifischen Maßnahmen (Gesetze, Verordnungen), mit denen gesamtgesellschaftlich geltende Verhaltensvorgaben verbindlich geregelt und gesteuert werden.

Die verfeinerte Variante des Modells von Easton würde für die Phase der Inputverarbeitung, also den systeminternen Prozess der Transformation von Inputs

in Outputs („Conversion“ als „Withinput“), die arbeitsteilige Vorgehensweise von Exekutive und Legislative berücksichtigen. In dieser Phase der „Withinputs“ wird der Staat selbst aktiv und kann, je nach institutioneller Beschaffenheit des politischen Systems, eigene Interessen (z.B. das Interesse am Selbstbestand) in den politischen Prozess einspeisen. Am Beispiel des deutschen Exekutivföderalismus kann man beobachten, wie „das Interesse des Staates an sich selbst“ (Offe 1975: 13) doppelt und zugunsten einer relativ starken Gewichtung politisch institutioneller und bürokratischer Interessen in den politischen Prozess eingebracht wird. Der Grund ist der, dass „im Bundesrat nicht nur die ökonomisch, sozialen oder kulturellen Interessen von Regierungen direkt (und möglicherweise auf Kosten diffuser oder ‚allgemeiner‘ Interessen) in den Entscheidungsprozess ... eingebracht werden, sondern zusätzlich die institutionellen Eigeninteressen der Landesregierungen an der Erhaltung und Erweiterung ihres Bestandes an Ressourcen und Kompetenzen“ (Scharpf 1985: 335).

Am theoretischen Beispiel der Desynchronisation politischer Eigenzeit kann deutlich gemacht werden, dass sich das Problem eines Mangels an Systemresponsivität gegenüber der Input-Achse in umgekehrter Weise – nämlich durch die Schwächung der Inputachse statt durch die Stärkung der Exekutive – wiederholt. Durch Be- und Entschleunigungsstrategien kann sich das politische System von unliebsamen Forderungen und Impulsen aus der Systemumwelt abkoppeln (siehe Abb. 2).

So führt die radikale Beschleunigung des politischen Entscheidungsfindungsprozesses (bzw. der Withinput-Phase) zur *Inputresistenz* (1). Politische Forderungen prallen am politischen System ab. Sinnbildlich kann man sich das etwa so vorstellen, dass sich ein Rad zu schnell dreht, um mit der Umwelt Kontakt zu halten. Der politische Prozess hebt im wahrsten Sinne des Wortes ab. Er verliert an Bodenhaftung mit der Konsequenz, dass die Selbstreferentialität der Politik gefördert wird. Das System produziert mangels Impulsen aus der Umwelt *selbstreferentielle Outputs* (2).

Abb. 2: Desynchronisation politischer Eigenzeit

<p style="text-align: center;"><b>politische Zeit</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Prozessphasen</b></p>	<p style="text-align: center;"><b>Beschleunigung</b></p>	<p style="text-align: center;"><b>Entschleunigung</b></p>
<p style="text-align: center;"><b>Input</b></p>	<p style="text-align: center;">Inputresistenz (1)</p>	<p style="text-align: center;">Inputdrift (3)</p>
<p style="text-align: center;"><b>Output</b></p>	<p style="text-align: center;">selbstreferentielle Outputs (2)</p>	<p style="text-align: center;">Outputdrift (4)</p>

Im Fall der radikalen Entschleunigung wird Input zwar vom politischen System aufgenommen. Er verliert aber seinen Impulscharakter, weil es dem politischen System an Reaktionsfähigkeit mangelt. Die Konsequenz ist eine Art *Input-Drift* (3), das heißt politische Forderungen werden zwar vom politischen System aufgenommen, sie werden jedoch nicht zu Outputs verarbeitet. Auf der Output-Seite macht sich der Mangel an zeitnahen Impulsen in Form von *Output-Drift* (4) bemerkbar. Output entsteht zeitlich verzögert und zufällig, das heißt in Reaktion auf veraltete Inputs, die ziellos im politischen System umherdriften. Dadurch wird die deliberative Anpassung von politischen Entscheidungen an die sich kontinuierlich verändernde Systemumwelt verhindert, was wiederum die Erosion wartungsbedürftiger Institutionen begünstigt.<sup>16</sup> Beides, Be- und Entschleunigung, bewirken die Desynchronisation zwischen Input- und Withinput-Phasen des politischen Prozesses.

Aus der Perspektive herrschaftskritischer Demokratietheorie sind beide Fälle, die Be- und die Entschleunigung relevant, weil sie sich machtstrategisch nutzen lassen. Selbst unter der Voraussetzung, dass Desynchronisation nicht vorsätzlich

durch die politische Manipulation von Rhythmus und Tempo des politischen Prozesses zustande kommt, kann sie machtstrategisch genutzt werden. Analytisch fasst der Begriff politische Zeitstrategie somit beides, die strategische Nutzung politischer Zeit (das Zeitmanagement) und die Forcierung bzw. Beeinflussung von Zeitregimen, wobei letztere Strategie insofern die relevantere ist, als dass sie zur Etablierung informeller Einflusskanäle dienen kann. Zur analytischen Unterscheidung dieser Strategien habe ich bereits die Begriffe Zeitstrategien erster und zweiter Ordnung eingeführt (siehe Abschnitt 4.2).

Zeitstrategien zweiter Ordnung können nicht nur von staatlichen, sondern auch von zivilgesellschaftlichen Akteuren angewendet werden. Entscheidet im ersten Fall die Positionierung und Rolle politischer Akteure im arbeitsteilig organisierten politischen System über die Aussichten einer erfolgreichen Nutzung zeitstrategischer Optionen, so hängt diese im zweiten Fall von den politischen Machtressourcen zivilgesellschaftlicher Akteure ab. Auf beiden Seiten, Staat und Zivilgesellschaft, gibt es Gewinner und Verlierer der Be- und Entschleunigungspolitik. Auf der Seite des Staates profitiert vor allem die Exekutive von der Politikbeschleunigung, was mit den Unterschieden in der Arbeitsweise von Exekutive und Legislative zusammen hängt. So betonten bereits Locke (1977) und Montesquieu (1992) die zeitliche Differenz zwischen dem bedächtigen Modus der Legislative und dem flexiblen und schnellen Handlungsmöglichkeiten der Exekutive (siehe dazu auch Scheuerman 2001 und Rosa 2005a: 394). Dadurch wurde der späteren Beobachtungen einer akzelerationsbedingten Verlagerung politischer Entscheidungskompetenzen von der Legislative zur Exekutive bereits vorweg gegriffen (Dewey 1954; Schmitt 1950). Auch mit Blick die aktuelle (re)aktive Zeitpolitik wird von der „Verexekutivierung der Politik“ gesprochen (dazu Rüb 2007: 97). Auf der Seite der Zivilgesellschaft profitieren ressourcenstarke Akteure. In Abhängigkeit ihrer Machtressourcen können zivilgesellschaftliche Akteure in unterschiedlichen Zeitregimen informelle Wege der Beeinflussung von Outputs finden. Im Fall der Beschleunigung sind Outputs dann nicht mehr im eigentlichen Sinne selbstreferentiell, sondern offen für die einseitige Beeinflussung durch besonders ressourcenstarke zivilgesellschaftliche Akteure.

<sup>16</sup> Siehe dazu passend das Konzept des Policy-Drifts aus der historisch-institutionalistischen Perspektive (Streeck und Thelen 2005: 31).

Auch die radikale Entschleunigung politischer Prozesse fördert die politische Gestaltungsmacht der Exekutive. Zu den temporalen Voraussetzungen der Demokratie zählt eine bestimmte Geschwindigkeit sozialen Wandels, deren Unterschreitung durch Verlangsamung die Gesellschaft in ihrer Lern- und Veränderungsfähigkeit behindert (Rosa 2005b: 450). Gleiches gilt für die parlamentarische Politik. Unterhalb der Schwelle einer konstruktiven Entschleunigung verliert sie ihre Reaktions- und Steuerungsfähigkeit. Die Verarbeitung von Inputs durch die Legislative wird unterbunden, was die Handlungs- und Gestaltungsspielräume der Exekutive vergrößert. In Abhängigkeit ihrer Machtressourcen können auch zivilgesellschaftliche Akteure von der Politikentschleunigung profitieren. Zivilgesellschaftliche Akteure mit informellen politischen Einflusskanälen können unterhalb der Oberfläche eines scheinbaren Status-quo Erhalts alternative institutionelle Entwicklungspfade anstoßen bzw. Reformen vorbereiten,<sup>17</sup> deren Durchsetzungschancen sich mit dem aufgestautem Reformdruck verbessern.

Im Folgenden sollen die zeitsensiblen Analyseinstrumentarien auf den Bologna Prozess im Allgemeinen und die deutsche Umsetzung dieses Reformprozesses im Besonderen angewendet werden. Ziel dieser Vorgehensweise ist nicht das Testen der entwickelten Hypothesen, sondern vielmehr ihre Veranschaulichung am Beispiel empirischer Daten.

## **5. Zeitstrategien am Beispiel des Bologna-Prozesses**

Die Ziele des Bologna-Prozesses bestehen in der Förderung der Mobilität und Beschäftigungsfähigkeit („Employability“) von Studierenden, die bis zum Jahr 2010 durch die europaweite Einführung gestufter Studienstrukturen, des European Credit Transfer Systems (ECTS) und gemeinsamer Standards und Rahmenvorgaben der Qualitätssicherung erreicht werden sollen. Am deutschen Beispiel werden die strukturellen Innenwirkungen des Bologna-Prozesses deutlich, so der relativ zügige Vollzug eines Paradigmenwechsels in der Qualitätssicherung von der Gemeinsamen Kommission (GemKo) zur dauerhaften Etablierung des Akkredi-

<sup>17</sup> Siehe dazu passend die analytischen Konzepte Displacement und Conversion aus der historisch-institutionalistischen Perspektive (Streeck und Thelen 2005: 31). Dass Drift zur Erosion herkömmlicher Institutionen beiträgt und insofern ihren Ersatz durch neue Institutionen begünstigt, habe ich am Beispiel der deutschen Hochschulpolitik gezeigt (Toens 2009a).

tierungssystems, der Übernahme der Bachelor-Master-Vorgaben in die Hochschulgesetzgebungen der Länder (indirekte Kodifizierung), sowie die dadurch gesetzlich erzwungene, weitflächige Umstellung der ehemaligen Diplom- und Master-Studiengänge auf die Bachelor-Master-Struktur (dazu Toens 2009a,b). Die Untersuchung der zeitlichen Dynamik des Bologna-Prozesses legt die Anwendung unterschiedlicher Zeitstrategien nahe (siehe dazu auch Toens 2009c). Die folgenden Ausführungen konzentrieren sich (1) auf die interessenpolitische Koppelung von Ent- und Beschleunigungsstrategien, und (2) auf ausreißende Zeitstrategien erster und zweiter Ordnung.

### 5.1 Die interessenpolitische Koppelung von Be- und Entschleunigungsstrategien

Am deutschen Beispiel lässt sich aufzeigen, dass der endogene Policy-Wandel im Vorfeld des Bologna-Prozesses die rasche Umsetzung der Reformziele gewissermaßen unterstützt hat. So konnten ressourcenstarke zivilgesellschaftliche Akteure aus Führungskreisen der deutschen Hochschulrektorenkonferenz die jahrzehntelangen Selbstblockademechanismen des deutschen Bildungsföderalismus erfolgreich nutzen, um den Paradigmenwechsel von der Rahmenprüfungsordnung zur externen Qualitätssicherungssicherung durch Akkreditierung von langer Hand vorzubereiten (näher dazu Toens 2009a). Die radikal entschleunigte Politik wurde zum einen als Deckung benutzt, um folgenreiche Strukturreformen im Qualitätssicherungsbereich an der Hochschulöffentlichkeit vorbei einzuleiten.<sup>18</sup> Zum anderen nutzte man den Inputdrit unterhalb der Oberfläche föderalstaatlicher Selbstblockademechanismen zugunsten der informellen Beeinflussung institutioneller Entwicklungspfade. So hatten die zentralen Akteure deutscher Studienreformpolitik, Kultusministerkonferenz und Hochschulrektorenkonferenz, bereits vor der deutschen Unterzeichnung der Bologna Erklärung Strukturmaßnahmen im Qualitätssicherungsbereich eingeleitet, die dann unter dem Reformdruck der von außen durch den Bologna-Prozess kreierten Politikbeschleunigung griffen. Diese ressourcenstarken Akteure deutscher Hochschulpoli-

<sup>18</sup> Durch radikale Verlangsamung wird Politik für die medial vermittelte Öffentlichkeit im wahrsten Sinne des Wortes langweilig, was zum Rückzug der öffentlichen Aufmerksamkeit aus dem betroffenen Politikbereich führen kann. Politische Akteure können dann relativ unbeobachtet ihren Geschäften nachgehen.

tik hatten sich somit gegenüber hochschulpolitischen Akteuren, die schwache Interessen vertreten (Studierendenverbände und Gewerkschaften) einen Gestaltungsvorsprung geschaffen, der mit der Durchsetzung des Paradigmenwechsels von der herkömmlichen Studienreformpolitik zum Akkreditierungssystem nicht mehr aufzuholen war.

## 5.2 Ausreißende Zeitstrategien erster und zweiter Ordnung

Unterstützt wird die innenpolitische Durchsetzungsmacht des Bologna-Prozesses durch sanfte Mechanismen der politischen Steuerung (Soft Governance), deren Wirkung mitunter auf die rituelle Kraft regelmäßiger internationaler Absichtserklärungen und Selbstverpflichtungsbekundungen zurückzuführen ist. So entfaltet die sanfte Steuerung ein latentes Machtpotential, eine Art „Soft Power“ (Stone 2000), wie sie sich etwa in der Steuerung durch Kommunikationsmechanismen (z.B. das Abhalten regelmäßiger Konferenzen) und der Ausübung moralischen Drucks (Naming and Blaming) im Kontext internationaler Leistungsvergleiche niederschlägt (dazu Straßheim 2003).

Die zeitliche Dimension der sanften Machtausübung besteht etwa in der Regelmäßigkeit und zeitlichen Wiederholung von Kommunikationsritualen (Konferenzmethode). Auch die Reibungslosigkeit des internationalen Prozessablaufes ist gewissermaßen auf die temporale Struktur des Soft Governance zurückzuführen. Die Widerstandslosigkeit, die diesen Reformprozess im Allgemeinen und im Fall seiner deutschen Umsetzung im Besonderen auszeichnet, rührt daher, dass die Zeitstruktur des Bologna-Prozesses staatlichen Exekutivakteuren zahlreiche Möglichkeiten eröffnet, zivilgesellschaftliche Mitgestaltungsansprüche abzublocken, die als prozessgegenläufig und störend empfunden werden. Dies soll im Folgenden am empirischen Beispiel der Organisations- und Managementstruktur des Bologna-Prozesses aufgezeigt werden.

Die Organisationsstruktur des Bologna-Prozesses besteht in der so genannten Bologna-Follow-Up Struktur, über die Internationale Organisationen und zivilgesellschaftliche Akteure politikberatend in die Vor- und Nachbereitung der im Zwei-Jahres-Takt stattfindenden intergouvernementalen Ministerkonferenzen einbezogen werden. Teil der so genannten Bologna-Follow-Up Gruppen sind die

Studierendenverbände und Gewerkschaften. Im Verweis auf die „soziale Dimension des Bologna-Prozesses“ vertreten diese Verbände schwache Interessen, das heißt sie setzen sich advokatorisch für die Belange von Studierenden ein, die aufgrund von äußeren und inneren Barrieren in ihrer Studier- und Leistungsfähigkeit eingeschränkt sind. Dazu zählen sozial benachteiligte Studierende aus bildungsfernen Elternhäusern, Alleinerziehende, Studierende mit Behinderung, sowie erwerbstätige Teilzeitstudenten. Die Repräsentation dieser schwachen Interessen wird durch die zeitstrategischen Implikationen der Follow-Up-Struktur erschwert. Maßgeblich dafür sind unter anderem die so genannten ausreißenden Zeitstrategien, von denen im Folgenden zwei, die Strategie der Entzeitlichung und der *Mehrebenen-Zeitsteuerung (Multilevel-Timing)*, näher ausgeführt werden sollen.

Bei der Entzeitlichung handelt es sich um eine Zeitstrategie erster Ordnung, die darin besteht, dass hochschulpolitische Reformprozesse mit entscheidungsvorstrukturierendem Charakter aus den formalen Zeitstrukturen nationaler Demokratie herausgelöst werden. Dadurch entstehen nicht nur zeitliche Transparenzprobleme, auch wird das Prinzip der politischen Gleichheit verletzt. Wann und wo welche der zahlreichen, zum Teil ad hoc organisierten internationalen Bologna-Konferenzen stattfinden, ist für nationale oder gar lokale Politikakteure schwer nachvollziehbar. Die mangelnde zeitliche Abstimmung der Implementation von Teilzielen fördert die Entstehung unzureichend vernetzter, interessenbasierter Reforminseln, auf denen Akteure relativ isoliert voneinander vor sich hin wirken, nach dem Motto: jeder darf beitragen. Die Einflussnahme auf die politische Steuerung bundesweiter Reformen ist dadurch allerdings noch nicht gesichert. Die Folge ist vielmehr eine Art *Policy-Fragmentierung* (Toens 2009d), die das Vorpreschen ressourcenstarker zivilgesellschaftlicher Akteure auf Kosten schwacher Interessen begünstigt. Aufgrund der Heterogenität und raumzeitlichen Gebundenheit schwacher Interessen können Studierendenverbände und Gewerkschaften nationale Einflussverluste nur sehr bedingt durch die Interessenaggregation auf der europäischen Politikebene ausgleichen.

Bei der *Mehrebenen-Zeitsteuerung* handelt es sich um eine Zeitstrategie zweiter Ordnung. Sie hebt auf die Institutionalisierung der Organisations- und Managementstruktur jenseits des Nationalstaates ab, die selbst auf die Etablierung eines neuen Zeitregimes hinwirkt. Die Mehrebenen-Zeitsteuerung ergänzt die raumstrategische Komponente der neuen Staatsräson (Wolf 2000) um die zeitliche Dimension. Mit den Follow-Up-Strukturen wurde eine separate Zeitzone europäischer Reformpolitik geschaffen, die sich durch Tempo und Zeitrhythmus von der Zeitstruktur nationaler Reformen unterscheidet. Diese Zeitzonendifferenz spaltet nationale Interessen und ihre europäische Repräsentanz. Da europäische Verbandsfunktionäre von den Implementationsproblemen abstrahieren können, sind sie der nationalen Umsetzung immer einen Schritt voraus. Die zusätzliche Fixierung auf abstrakte Referenzpunkte (z.B. Zeitgrenzen im Benchmarking) fördert die Kontextvergessenheit europäischer Reformpolitik. Das Vortreiben der eigenen Ziele europäischer Dachverbände, das dadurch begünstigt wird, begünstigt Prinzipal-Agent-Probleme in der Zeitdimension. Zeitliche Referenzpunkte wirken wie Informationsfilter, über die nur Inhalte in den politischen Prozess eingespeist werden, die der unmittelbaren Erreichung von Teilzielen dienen. Die Integration von Teilzielen in übergreifende normative Ziele, wie die soziale Dimension des Bologna-Prozesses, wird dadurch erschwert.

Die Kontextvergessenheit europäischer Politik bedeutet für nationale Verbände, dass Ziele im Umsetzungsprozess nur schwer im Licht der Erfahrungen entscheidungsbetroffener Akteure korrigiert werden können, weil von der europäischen Politikebene aus bereits die nächsten Ziele definiert werden. Gerade die advokatorische Vertretung schwacher Interessen hat mit derartigen „Running-Target“-Problemen zu kämpfen, weil die politische Artikulation schwacher Interessen die zeitaufwendige Reflektion der Bologna-Ziele im Kontext ihrer sozialen Dimension erfordert. Europäische Verbände sind mit der Vertretung der extrem heterogenen schwachen Interessen aus den 46 Bologna-Mitgliedstaaten überfordert. Rigide Zeitpläne und Zeitgrenzen fördern die mangelnde „Bodenhaftung“ und Kontextbezogenheit abstrakter europäischer Referenzpunkte im nationalen Umsetzungsprozess. Die spezifischen Voraussetzungen einer Realisierung der Bologna-Reformziele für sozial benachteiligte Entscheidungsbetroffene werden, wenn überhaupt, nur mit Verzögerung berücksichtigt. Dabei ist die Gefahr nicht

auszuschließen, dass die strukturellen Wirkungen der kritisierten Politikentscheidungen nicht mehr rückgängig zu machen sind.

## 6. Zum Schluss

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die zeitstrategischen Implikationen inter- und transnationalen Regierens im Spannungsverhältnis zum normativen Anspruch politischer Gleichheit stehen. Zeitstrategien, wie die interessenpolitische Koppelung unterschiedlicher Zeitzonen, Entzeitlichung und Mehrebenenzeitsteuerung schwächen nicht nur die Effektivität der formalen Beteiligungsmöglichkeiten von Primärbürgern (natürlichen Personen) im nationalen Handlungsrahmen repräsentativer Demokratie. Auch kommt es zu der negativen Beeinträchtigung der gleichen Einflussmöglichkeiten politisch organisierter „Sekundär-Bürger“. Weiche Steuerungsmethoden, wie die Offene Methode der Koordinierung, sind zwar als offener Prozess für die direkte Partizipation von NGOs und Interessengruppen gestaltet, die Zeitstrukturen des Soft Governance arbeiten jedoch gegen die Repräsentation schwacher Interessen.

Die Vision der *Stakeholderdemokratie* beruht auf die Vorstellung, man könne durch die Einbeziehung politikfeldspezifischer Interessen in Regierungsprozesse jenseits des Nationalstaates Demokratie erzeugen. Diese Vorstellung ist aber paradox. Schwache Interessen, die aufgrund des Siegeszuges der Interessenpolitik gegenüber der Parteienkonkurrenz eigentlich profitieren können müssten, sind dadurch doppelt benachteiligt. Erstens kommen die unterschiedlichen Machtressourcen zivilgesellschaftlicher Akteure mangels Einhegung in formale Verfahren demokratischer Willensbildung voll zum Tragen. Starke Interessen können sich somit gegenüber den advokatorischen Vertretungen schwacher Interessen einen reformpolitischen Gestaltungsvorsprung verschaffen. Zweitens erleiden nicht bzw. nur schwach organisierte Interessen den Verlust des politischen Einflusses, der ihnen in demokratisch verfassten Nationalstaaten durch die institutionalisierte Geduld regelmäßiger Wahlverfahren und andere Zeitschutzmaßnahmen demokratischer Legitimität gesichert ist.

## Literatur

- Bachrach, Peter / Baratz, Morton S. 1970: *Power and Poverty: theory and practice*. New York: Oxford University Press.
- Bauer, Michael / Knöll, Ralf 2003: *Die Methode der offenen Koordinierung. Zukunft europäischer Politikgestaltung oder schleichende Zentralisierung?*, Institut für Friedens- und Sicherheitspolitik, APuZ 2003, 1-2, S. 33 - 38.
- Baumann, Zygmunt 2000: *Liquid Modernity*. Cambridge, UK: Polity Press.
- Benz, Arthur 2001: *Der moderne Staat: Grundlagen der politologischen Analyse*. München: Oldenbourg Verlag.
- Benz, Arthur 2004: *Governance. Regieren in komplexen Regelsystemen: Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Castells, Manuel 1996: *The Rise of the Network Society, The Informalization Age: Economy, Society, Culture, Bd. I.*, Oxford: Blackwell.
- Crick, Bernhard 2002: *Democracy*. Oxford: Oxford University Press.
- Dewey, John 1954: *The eclipse of the public*, in: *The Public and Its Problems*. Athens: Ohio University Press, S. 138-42.
- Easton, David 1965: *A system analysis of political life*. New York: John Wiley.
- Eberling, Mathias 1996: *Beschleunigung und Politik*, Frankfurt am Main: Peter Lang Verlag.
- Fröhlingsdorf, Michael 2008: *Berliner Blockade*, in: *Der Spiegel vom 19.5.2008*, S. 36.
- Grande, Edgar 2007: *Macht und Herrschaft im Prozess gesellschaftlicher Denationalisierung. Eine kosmopolitische Perspektive, unveröffentlichter Beitrag zu der Tagung „Politik unter den Bedingungen gesellschaftlicher Kontingenz“*, Universität Hamburg, 23-24.3.2007.
- Greven, Michael Th. 1999: *Die politische Gesellschaft. Kontingenz und Dezision als Probleme des Regierens und der Demokratie*, Opladen: Leske & Budrich (2., ergänzte Auflage, Wiesbaden: VS-Verlag, 2009).
- Greven, Michael Th. 2000: *Kontingenz und Dezision. Beiträge zur Analyse der politischen Gesellschaft*, Opladen: Leske & Budrich.
- Greven, Michael Th. 2001: *Dimensions of Politics. A Critique of the One-dimensional Concept of Politics*, in: *Finnish Yearbook of Political Thought*, Vol. 5, S. 89 - 110.
- Greven, Michael Th. 2005: *The Informalization of Transnational Governance: A Threat to Democratic Government*, in: *Complex Sovereignty: Reconstructing Political Authority in the Twenty-first Century*, edited by Edgar Grande and Louis Pauly. Toronto: University of Toronto Press, S. 261-84.
- Greven, Michael Th. 2007: *Politik als Problemlösung - und als vernachlässigte Problemursache. Anmerkungen zur Policy-Forschung*, in: *Die Zukunft der Policy-Forschung. Theorien, Methoden, Anwendungen*, herausgegeben von Frank Janning und Katrin Toens. Wiesbaden: VS Verlag, S. 23-33.
- Hall, Peter A. 1993: *Policy Paradigms, Social Learning, and the State. The Case of Economic Policy-Making in Britain*, in: *Comparative Politics*. Vol. 25, No. 3, S. 275-96.
- Helmke, Gretchen/ Levitsky, Steven 2004: *Informal Institutions and Comparative Politics: A Research Agenda*, in: *Perspectives on Politics*, Vol. 2, No. 4, S. 725-740.
- Hochstetter, Klaus 2007: *Die offene Koordinierung der EU. Bestandsaufnahme, Probleme und Perspektiven*. Baden-Baden: Nomos.
- Jachtenfuchs, Markus/ Kohler-Koch, Beate (2004): *Governance in the European Union*, in *Governance*, herausgegeben von Arthur Benz. Wiesbaden: VS Verlag, S. 77-99.
- Janning, Frank 2007: *Regime der regulativen Politik. Chancen und Probleme eines Theorietransfers*, in: *Die Zukunft der Policy-Forschung. Theorien, Methoden, Anwen-*

- dungen, herausgegeben von Frank Janning und Katrin Toens. Wiesbaden: VS Verlag, S. 112-38.
- Kingdon, John W. 1984: *Agendas, Alternatives, and Public Policies*. Boston/Toronto, Little&Brown.
- Krasner, Stephen D. (Hrsg.), 1986: *International Regimes*. Ithaca/London.
- Langhoff, Udo 2006: *Die offene Koordinierung. Chance oder Risiko für Integration und Demokratie in der Europäischen Union*. Berlin: FHVR.
- Locke, John 1977: *Zwei Abhandlungen über die Regierung*, hg. und eingeleitet von Walter Euchner. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag.
- Lukes, Steven 1976: *Power - A Radical View*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Machiavelli, Niccolò 1990: *Der Fürst*. Frankfurt a.M./Leipzig: Insel Verlag.
- Marshall, T.H. 1992: *Bürgerrechte und soziale Klassen: zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates*, herausgegeben und übersetzt von Elmar Rieger. Frankfurt a.M.: Campus Verlag
- Mayntz, Renate 2004: *Governance im modernen Staat*, in *Governance. Regieren in komplexen Regelsystemen: Eine Einführung*, herausgegeben von Arthur Benz. Wiesbaden: VS Verlag.
- Mayntz, Renate 2005: *Governance Theory als fortentwickelte Steuerungstheorie?* in: *Governance-Forschung. Vergewisserung über Stand und Entwicklungslinien*, herausgegeben von Gunnar Folke Schuppert. Baden-Baden: Nomos Verlag, S. 11-20.
- Montesquieu, Charles de (1992) *Vom Geist der Gesetze*, übersetzt und hg. von Ernst Forsthoft, 2. Auflage, Tübingen: Mohr-Siebeck.
- Moravcsik, Andrew 1993: *Introduction. Integrating International and Domestic Theories of International Bargaining*, in: *Double-Edged Diplomacy: International Bargaining and Domestic Politics*, edited by Peter B. Evans, Harold K. Jacobson, Robert D. Putnam. Berkeley: Berkeley University Press.
- Offe, Claus 1975: *Berufsbildungsreform. Eine Fallstudie über Reformpolitik*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag.
- Offe, Claus 2001: *Wie können wir unseren Mitbürgern vertrauen?* in: *Vertrauen. Die Grundlage des sozialen Zusammenhalts*, herausgegeben von Martin Hartmann und Claus Offe. Frankfurt a.M.: Campus Verlag, S. 241-294.
- Offe, Claus 2002: *Wessen Wohl ist das Gemeinwohl*, in Herfried Münkler und Carsten Fischer, *Gemeinwohl und Gemeinsinn. Rhetoriken und Perspektiven sozial-moralischer Ordnung*. Berlin: Akademie Verlag, S. 55-76.
- Palonen, Kari 2003: "Four Times of Politics", *Alternatives* Vol. 28, No.1, S. 171-186.
- Peters, Guy / Pierre, Jon 2004: *Multi-Level Governance and Democracy: A Faustian Bargain?*, in *Multilevel-Governance*, edited by Ian Bache. Oxford: OUP, S. 75-93.
- Pocock, J.G.A. 1975: *The Machiavellian Moment. Florentine Political Thought and the Atlantic Republican Tradition*. Princeton: Princeton UP.
- Putnam, Robert D. 1988. *Diplomacy and Domestic Politics: The Logic of Two-Level Games*, in: *International Organization* Vol. 42, No. 3, S. 427-460.
- Rawls, John 1993. *Eine Theorie der Gerechtigkeit*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag.
- Rhodes, Roderick A.W. 1997: *Understanding Governance. Policy Networks, Governance, Reflexivity and Accountability*. Buckingham/Philadelphia: Open University Press.
- Riescher, Gisela 1994: *Zeit und Politik. Zur institutionellen Bedeutung von Zeitstrukturen in parlamentarischen und präsidentiellen Regierungssystemen*, Baden-Baden: Nomos.
- Rosa, Hartmut 2003: *Social Acceleration. Ethical and Political Consequences of a desynchronized high-speed society*, in: *Constellations. An International Journal of Critical and Democratic Theory*, Jg. 10, S. 3-33.

- Rosa, Hartmut 2005a: Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Rosa, Hartmut 2005b: The Speed of Global Flows and the Pace of Democratic Politics, in: *New Political Science*, Vol. 27, No. 4, S. 445-459.
- Rüb, Friedbert W. 2003: Vom Wohlfahrtsstaat zum ‚manageriellen Staat‘? Zum Wandel des Verhältnisses von Markt und Staat in der deutschen Sozialpolitik. in: *Politik und Markt*, herausgegeben von Roland Czada und Reinhard Zintl. PVS-Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 34/2003, S. 256-299.
- Rüb, Friedbert W. 2006: Die Zeit der Entscheidung, in: *Hamburg Review of Social Science* 2006 Vol.1, No. 1, S. 1-34.
- Rüb, Friedbert W. 2007: Policy-Analyse unter Bedingungen von Kontingenz. Konzeptuelle Überlegungen zu einer möglichen Neuorientierung, in: *Die Zukunft der Policy-Forschung. Theorien, Methoden, Anwendungen*, herausgegeben von Frank Janning und Katrin Toens. Wiesbaden: VS Verlag, S. 88-138.
- Sassen, Saskia 2008: *Das Paradox des Nationalen*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag.
- Scharpf, Fritz 1985: Die Politikverflechtungs-Falle. Europäische Integration und deutscher Föderalismus im Vergleich, in: *Politische Vierteljahresschrift* 26/4, S. 323-356.
- Scheuerman, William 2001: Liberal Democracy and the Empire of Speed, in *Policy*, Vol. 34, No. 1, S. 41-67.
- Scheuerman, William 2003: Speed, States, and Social Theory: A response to Hartmut Rosa, in: *Constellations. An International Journal of Critical and Democratic Theory*. Vol. 10, S. 42-48.
- Scheuerman, William 2004: *Liberal Democracy and the Social Acceleration of Time*. Baltimore/ London: Johns Hopkins University Press.
- Schmidt, Manfred G. 1995: *Wörterbuch zur Politik*. Stuttgart: Kröner.
- Schmitt, Carl 1950: Der motorische Gesetzgeber, in: *Die europäische Rechtswissenschaft*, Tübingen: Universitätsverlag, S. 18-21 und 29-31.
- Stone, Diana 2000: Knowledge, Power and Policy, in: *Banking on Knowledge. The Genesis of the Global Development Network*, London/New York: Routledge, S. 241-58.
- Straßheim, Holger 2003: Der Ruf der Sirenen – Zur Dynamik politischen Benchmarkings. Eine Analyse anhand der US-Sozialreformen, in: *Politik als Lernprozess? Wissenszentrierte Ansätze in der Politikanalyse*, herausgegeben von Matthias Leonhard Maier, Achim Hurrelmann, Frank Nullmeier, Tanja Pritzlaff, Achim Wiesner. Opladen: Leske+Budrich, S. 227-45.
- Streeck, Wolfgang / Thelen, Kathleen 2005: *Beyond Continuity. Institutional Change in Advanced Political Economies*. Oxford: OUP.
- Toens, Katrin 2007: Der Zwang zur „Freiheit“. Kontingenzerzeugung im Sozialstaat", in: *Vorgänge*, Jg. 46, Heft 2, S. 127-34.
- Toens, Katrin 2008: Die Sorbonne-Deklaration - Hintergründe und Bedeutung für den Bologna-Prozess, in: *die hochschule*, Jg. 2/2008, S. 32-39.
- Toens, Katrin 2009a: Modes of governance in German curricular reform. Examining transformative change before the Bologna process. In: *Governing Education. Rediscovering a neglected field for Political Science*, edited by Anja Jakobi, Kerstin Martens, Klaus Dieter Wolf. London/New York: Routledge.
- Toens, Katrin 2009b: Hochschulpolitische Interessenvermittlung im Bologna-Prozess. Akteure, Strategien und machtpolitische Auswirkungen auf die nationalen Verbände, in: *Interessenvermittlung im Wandel*, herausgegeben von Ulrich Willems, Britta Rehder, Thomas v. Winter. Wiesbaden: VS Verlag (im Erscheinen).
- Toens, Katrin 2009c: Die Entzauberung der Universität. Deutsche Hochschulpolitik im Bologna-Prozess. Habilitationsschrift Universität Hamburg (in Vorbereitung).

- Toens, Katrin 2009d: The Bologna process in German higher education politics: state strategies, policy fragmentation and interest mediation (unveröffentlichtes Aufsatzmanuskript unter Begutachtung).
- Toens, Katrin / Landwehr, Claudia 2007: Imitation, Bayesianisches Updating und Deliberation: Strategien und Prozesse des Politiklernens im Vergleich, in: Die Zukunft der Policy-Forschung. Theorien, Methoden, Anwendungen, herausgegeben von Frank Janning und Katrin Toens. Wiesbaden: VS Verlag, S. 71-87.
- Virilio, Paul 1980: Geschwindigkeit und Politik. Ein Essay zur Dromologie, aus dem Französischen von Ronald Vouillé, Berlin: Merve.
- Weber, Max 1976: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss einer verstehenden Soziologie. Tübingen: Mohr.
- Willems, Ulrich / v. Winter, Thomas 2000: Politische Repräsentation schwacher Interessen. Opladen: Leske+Budrich.
- Wolf, Klaus Dieter 2000: Die neue Staatsräson: zwischenstaatliche Kooperation als Demokratieproblem in der Weltgesellschaft. Plädoyer für eine geordnete Entstaatlichung des Regierens jenseits des Nationalstaates. Baden-Baden: Nomos Verlag.
- Zahariadis, Nicolas 2003: Ambiguity and Choice in Public Policy. Political Decision Making in Modern Democracies. Washington D.C.: Georgetown UP.
- Zangl, Bernhard 1994: Politik auf zwei Ebenen, Zeitschrift für Internationale Beziehungen, Vol. 1, No. 2, S. 279-312.
- Zürn, Michael 2005: Regieren jenseits des Nationalstaates: Globalisierung und Denationalisierung als Chance. 2 Auflage. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag.